

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldplennig, monatlich 3.— Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Gostar- und Remelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4.25 Goldmark, für das übrige Ausland 5.25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Kronenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2508-2507

Dienstag, den 27. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkshauskonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskontogesellschaft, Postkontokasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Raumverteilung 0,70 Goldmark, Restomenteile 4.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das leiterdruckte Wort 0,20 Goldmark (unlesbar zwei leiterdruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Gleitend über das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,26.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Rücktritt der Reichsregierung.

Ablehnung des Programms der Mittelparteien durch die Deutschnationalen.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hatte in ihren Sitzungen vom 5. und 15. Mai beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstages im Amt zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung heute erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einmütig beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Heute, 3 Uhr nachmittag, tritt der neue Reichstag zusammen. Genosse Bock wird als Alterspräsident den Vorsitz übernehmen und durch Namensaufruf die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen lassen. Dann hat nach der Geschäftsordnung die Wahl des Reichstagspräsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer zu erfolgen. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich das Haus zur Vornahme dieser Wahlen zum mindesten auf den Mittwoch vertagen wird.

Der gestrige Tag war mit Fraktionsitzungen ausgefüllt, die angesichts der völlig ungeklärten Lage wenig fruchtbar werden konnten. Niemand weiß, was werden soll. Wird der Reichstag überhaupt arbeitsfähig sein? Werden die Deutschnationalen das außenpolitische Programm der Mittelparteien schließlich doch noch schließen? Werden sich die Mittelparteien unter dem Druck der Volkspartei zu neuen Verhandlungen herbeilassen, wenn die Deutschnationalen Vorschläge vorschlagen? Auf alle diese Fragen gibt es nur ein Achaufenzucker?

Daß man sich auf stürmische Tage gefaßt machen muß, lehrt schon ein Gang durch den leeren Sitzungssaal und ein Studium der neuen Namenstafeln, die an den Bänken angebracht sind. Zwischen die Deutschnationalen und die Volkspartei schiebt sich trennend der Keil der Böttischen, die sich jetzt die „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ nennen, v. Graefe sitzt nun neben Malraff, Wulle, Henning, Dudenorff, der Münchener Roth und andere, deren Namen Erbauendes erwarten lassen, schließen sich weiter hinten stimmungsvoll an. Auf der äußersten Linken liest man vorne die Namen „Frau Gohlke“ (Rut Fischer), Scholem, Käß und 59 andere. Die gemäßigten Elemente, die in der alten K.P.D.-Fraktion auch nicht fehlten, wie z. B. Bark, sind völlig ausgemerzt. Nur sichere Leute mit radikaler Stimmkraft sind hier versammelt.

Einige von ihnen werden freilich fehlen. Denn gerade in den letzten Tagen vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages sind mehrere kommunistische Abgeordnete verhaftet worden. Der Reichstag wird gut tun, ihre sofortige Freilassung zu beschließen, denn, was immer man von ihrem Treiben halten mag, hier handelt es sich um einen Grundgesetz der parlamentarischen Demokratie. Es geht nicht an, daß die Beschlüsse der gewählten Volksvertreter dadurch beeinflusst werden, daß stimmberechtigte Mitglieder verhaftet und so ihres Rechtes der Mitbestimmung beraubt werden. Indes wird über die Freilassungsanträge der Kommunisten, die bestimmt zu erwarten sind, erst zu verhandeln sein, sobald sich der Reichstag konstituiert hat, das heißt, bis er sein Präsidium gewählt hat und in die Verhandlungen eintreten kann.

Die Kommunisten sollen sich selber sagen, daß sie zwar möglicherweise imstande sein würden, durch Lärm und Tumult das Parlament lahmzulegen, daß aber die Diktatur, die dann kommen würde, nicht die ihre wäre, sondern eine ganz andere, die mit ihren Gegnern nicht eben sanftmütig verfahren wird.

Gegen acht Uhr abends hört man, daß die Deutschnationalen ihre Fraktionsitzung beendet haben. Das Ergebnis? Sie wollen zu dem außenpolitischen Programm der Mittelparteien Gegenorschläge machen. Die Zentrumsleute verlassen nun in Scharen das Haus. Sie sehen in dem deutschnationalen Versuch eine Ablehnung des Programms und halten die Verhandlungsmöglichkeiten für erschöpft.

Das Kabinett tritt zu einer neuen Sitzung zusammen. Ein Beschluß der Volkspartei, der ohne Mitwissen der anderen Parteien der Mitte gefaßt ist, drängt es zum Rücktritt. Es wird vorausgesetzt, daß das Kabinett nun tatsächlich zurücktreten werde. Dann werde der Reichspräsident den Führer der stärksten Fraktion, Herrn Hergt, zu sich berufen und — wenn sich ergebe, daß dieser ein Kabinett nicht bilden könne — den Reichskanzler Marx von neuem mit der Bildung der Regierung betrauen.

Inzwischen scheinen die unentwegten Rechter der Volkspartei die Hoffnung noch nicht aufgegeben zu haben. Neue Bürgerblock-Pläne tauchen auf. Wieder wird Scholz oder

Stegerwald als kommender Reichskanzler genannt. Stresemann will man den Deutschnationalen opfern, es heißt, er werde als Außenminister nicht wiederkehren. Wer soll sein Nachfolger werden? Ist es nicht ein ausgesprochener Mann der Linken — und das wäre dann wohl vollkommen ausgeschlossen —, so wird alle Welt in einem jezt vorgenommenen Wechsel im Auswärtigen Amt eine Abkehr von der bisher verfolgten auswärtigen Politik erblicken.

Die Leute scheinen total verrückt geworden zu sein! 10,15 Uhr wird gemeldet, daß das Kabinett zurückgetreten ist. Im Lauf des heutigen Tages wird der Reichspräsident die Führer der verschiedenen Parteien empfangen, sich über ihre Auffassungen unterrichten und danach seine Entschlüsse fassen. Er steht wieder einmal vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Eine Lösung ist nur dann sichtbar, wenn auch die Volkspartei aus der Ablehnung des mittelparteilichen Programms die Konsequenzen zieht, daß nun nur noch eine Regierung der Mitte möglich ist, die für die Durchführung der Sachverständigenvorschläge den Kampf aufnimmt, und wenn sie sich entschlossen hinter diese Regierung stellt.

Der Beschluß der Deutschnationalen ist aus innerpolitischen Gründen gefaßt. Sie wollen Verhandlungen über das Sachverständigengutachten, weil sie sich nicht geradewegs hinlegen, sondern nur so sachte insallan wollen. Das Gutachten ist aber von der Regierung Marx nicht als Verhandlungsgrundlage angenommen, sondern als Grundlage für die Reparationsregelung anerkannt. Eine Regierung, die die von den Deutschnationalen vorgeschlagene Erklärung abgeben wollte, würde sich in Gegensatz zu der bisherigen Regierungserklärung stellen und Deutschland so unter den allerungünstigsten Umständen in einen Konflikt mit der Entente bringen, die früher in Wirklichkeit niemals einig war, jezt aber, in der Frage des Sachverständigengutachtens, zum erstenmal wirklich vollkommen einig ist.

Vorläufiges Ergebnis: Es ist den Deutschnationalen und ihren Helfern aus der Volkspartei zwar nicht gelungen, eine aktionsfähige Regierung zustande zu bringen, wohl aber ist es ihnen gelungen, ein Durcheinander zu schaffen, in dem jede Möglichkeit einer festen Regelung zu schwinden droht.

Am 4. Mai ist viel Hurra geschrien worden. Aber schon am 27., dem Tag des Zusammentritts seines Produkts kann das Volk bemerken, daß es selber gar keinen Anlaß hat, Hurra zu schreien über das, was es an jenem Tage angestrichelt hat.

Der Fraktionsbeschluß der Deutschnationalen festhalten an Tirpitz. — Die Formel über die Gutachten.

Die Deutschnationale Fraktion schloß gegen 8 Uhr abends einen Beschluß, der in seiner Einleitung auseinandersetzt, daß die Fraktion nach wie vor bereit sei, sich entsprechend ihrer Stärke und dem Ausfall der Wahlen an der Bildung einer Regierung zu beteiligen. Sie habe den Beweis dieses ihres Willens erbracht, indem sie Tirpitz als Reichskanzler vorgeschlagen habe, da sie der Meinung sei, daß nicht parlamentarische Formeln, sondern nur geeignete Persönlichkeiten die Schwierigkeiten der Situation überwinden könnten. Weiter wird gesagt: „Die Grundlage der Einigung mit den anderen Parteien könnte in der Richtung gefunden werden, daß die Reichsregierung folgendes zum Ausdruck bringt:

Die neue Regierung sei bereit, die erforderlichen Verhandlungen mit dem Auslande über das Sachverständigengutachten, das die bisherige Regierung als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, zu führen. Doch muß hierbei gleichzeitig klargestellt werden, daß die Entscheidung über die Gutachten und über die schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen je nach dem Ergebnis der Verhandlungen vorbehalten bleiben müsse.“

Als Antwort auf diesen Beschluß veröffentlichen die Mittelparteien das von ihnen entworfene außenpolitische Programm.

Die Verhandlungen abgebrochen!

Antwort der Mittelparteien.

Nachdem die Antwort der Deutschnationalen der Deutschen Volkspartei überreicht war, traten die Führer der Mittelparteien gegen 9 Uhr abends erneut zu einer Besprechung zusammen, an der auch der Reichskanzler und die Minister Dr. Stresemann und Hamm teilnahmen. Die Besprechung war nur kurz, es wurde beschlossen, die außenpolitischen Richtlinien der Mittelparteien der Öffentlichkeit zu übergeben, so daß in den Morgenblättern diese Richtlinien und die Antwort der Deutschnationalen

sich vor der gesamten Öffentlichkeit gegenübersehen. Diese Veröffentlichung soll als Antwort an die Deutschnationalen gelten. Der Kernpunkt der ganzen Sache war, daß die Deutschnationalen sich bereit erklären sollten, das Sachverständigengutachten als einheitliches Ganzes anzuerkennen. Nach der Antwort der Deutschnationalen gelten die Verhandlungen der Mittelparteien mit diesen für abgebrochen.

Der Wortlaut des außenpolitischen Programms.

Das Gutachten der Sachverständigen bildet den ernsthaften Versuch einer friedlichen Lösung der Reparationsfrage. Es ist ein einheitliches und teilloses Ganze. Diese Einheitlichkeit des Gutachtens macht den Beginn deutscher Leistungen abhängig von der Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität des Reiches, die die Wiederherstellung der Verwaltungshoheit in sich schließt. Sie schließt den Gedanken aus, daß die Reparationsgläubiger einzelne Gebiete des Reiches als Reparationsprovinzen behandeln und sie zum Gegenstand der Pfandausbeute machen.

Nach der Ansicht der Reparationskommission ist das Gutachten die Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage. Bei diesem Charakter des Gutachtens bedeutet seine Inkraftsetzung den Frieden in der seit Jahren untkämpften Reparationsfrage und damit die Erziehung aller Kämpfe, die diesem Frieden vorangegangen sind. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches als Voraussetzung für die Produktivität deutscher Gebiete ist aber erst gesichert, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben ist, in ihrer Heimat sich ungestörter Arbeit hinzugeben, insbesondere kann die innere Bereitschaft, die in Deutschland für die erforderliche Steigerung der Produktivität und die Annahme schwerer Lasten notwendig ist, niemals geschaffen werden, solange das traurige Schicksal Tausender Vertriebenen und ihrer Freiheit beraubter Deutschen die Nation belastet und beunruhigt.

Da das Sachverständigengutachten ein einheitliches und unteilbares Ganzes ist, so kann es auch nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Die Unstimmigkeiten und Widersprüche, die an einzelnen Stellen des Gutachtens und auch redaktionell in der Fassung der Letzte hervortreten, erfordern für seine reibungslose Durchführung noch Feststellungen und klare Lösungen. Ferner muß bei den Beratungen über die zu verabschiedenden Gesetze, namentlich über die Gestaltung der Reichseisenbahn und der Währungsbank, der maßgebende deutsche Einfluß in der Führung der Unternehmungen sichergestellt werden. Wir erwarten, daß die Regierung alles tut, um in dieser Beziehung unsere lebenswichtigen Interessen zu wahren.

Dem Gutachten selbst können wir nur mit den Vorbehalten zustimmen, die auch die Sachverständigen bezüglich seiner Durchführbarkeit selbst gemacht haben. Wir setzen dabei voraus, daß das Gutachten als einheitliches und unteilbares Ganzes auch von den übrigen Nationen anerkannt wird, daß seine Auslegung mit gutem Willen erfolgt und insbesondere dabei nicht nur die Herstellung unserer Souveränität in Wirtschaft, Finanz und Verwaltung, sondern auch die Aufrechterhaltung der neuen deutschen Währung im internationalen Zahlungsverkehr gewährleistet ist.

Die Lösung der Reparationsfrage durch das Gutachten bedeutet die Wiederherstellung aller vertragsmäßigen Rechte des Deutschen Reiches und damit die Freiheit des nicht vertragsmäßig besetzten Gebietes von jeder Besetzung, sowie die Wiederherstellung des Rheinlandabkommens für die vertragsmäßig besetzten Gebiete und die Gewährleistung der Rechtsicherheit für deren Bewohner. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit Entschiedenheit diese Freiheiten sichergestellt.

Die unterzeichneten Parteien sind geeint in dem starken nationalen Willen, die Regierung bei einer nach den vorstehenden Grundsätzen geleiteten Außenpolitik zu unterstützen und sich für die Durchführung der zu diesem Zweck erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen einzusetzen.

Der neue Reichstag.

Die endgültige Verteilung der Plätze.

Bei der gestern endgültig vorgenommenen Verteilung der einzelnen Plätze auf die Mitglieder der Fraktionen haben sich eine Reihe interessanter Einzelheiten ergeben. Bei den Deutschnationalen, die nicht nur den am weitesten rechts liegenden Sektor, sondern auch noch den größten Teil des zweiten Sektors belegt haben, hat Großadmiral von Tirpitz den Platz inne, der bisher Dr. Hesserich gehörte. In der ersten Reihe ist wie bisher der Geschäftsordnungsdebattier Saub-Hromberg, neben Tirpitz Hergt. Ebenfalls im zweiten Sektor hat dann die Nationalsozialistische Freiheitspartei Platz genommen. Den ersten Platz hat der Abgeordnete von Graefe, hinter ihm Feder-München, hinter ihm in der dritten Reihe Henning, in der ersten

Reihe Ludendorff. Neben ihm Graf Krennfeld. Dieser sitzt damit unmittelbar neben dem Abg. Quack von den Deutschnationalen.

Der dritte Sektor hat im wesentlichen die Deutsche Volkspartei belegt. In dem dritten Sektor des Präsidiums hat sie auf der einen Seite Plätze an die Deutschsozialen, darunter an Kunze, auf der anderen Seite noch eine Reihe von Plätzen an die Nationalsozialistische Freiheitspartei abgeben müssen. In der ersten Reihe sitzen wie bisher die Abgg. Scholz und Heinze. Der Platz des Außenministers Dr. Stresemann befindet sich in der dritten Reihe. Im genannten dritten Sektor hat außerdem noch die Bayerische Volkspartei Platz gefunden. Den vierten (Mittelsektor), der bisher in dem Besitz der Demokraten war, ist jetzt fast ganz in den Besitz des Zentrums übergegangen. In der vorderen Reihe des Zentrums sitzen wie bisher Lehrenbach und Becker-Arensberg, in der zweiten Reihe die beiden Senatoren der Partei, Herold und Spahn, und das Vorstandsmitglied von Guérard. In der dritten Reihe befinden sich die Plätze des Reichsanstalters Marx und des Reichsanstalters a. D. Wirth. Die Fraktion der Demokraten hat nur noch einen Spitzenplatz im vierten Sektor erlangt. Dort sitzt der Abg. Koch neben dem Sozialdemokraten Kunert. In der zweiten und dritten Reihe der Demokraten befinden sich die Abgg. Erlesenz und Dernburg (dieser neben Scheidemann).

Die Sozialdemokraten nehmen zwei halbe Sektoren ein und teilen ihre Plätze in zwei Sektoren zum Teil mit den Kommunisten. In der ersten Reihe der Sozialdemokraten sitzen neben Kunert Scheidemann, Müller-Franken, Dr. Herz, Wels und Breitscheid. Die Kommunisten haben in der ersten Reihe ihres Sektors die unter dem Namen Ruth Fischer im Preussischen Landtag bekanntgewordene Abg. Frau Gohle und den Abg. Thaelmann, dahinter die bekannten Geschäftsordnungsredner aus dem Preussischen Landtag Scholem und Kah, neben Frau Jettin. In den Sektoren werden sich nach der Wahl des Präsidiums voraussichtlich noch einige Verschiebungen ergeben, da die Sozialdemokraten die Abg. Löbe und die Deutschnationalen den Abg. Dietrich ebenfalls Plätze in der ersten Reihe gegeben haben. Die 13 neuen Plätze, die durch die Vermehrung der Abgeordnetenzahl notwendig geworden sind, sind in den einzelnen Sektoren in den hien bisher vorhandenen Zwischengängen angebracht worden.

Aus der Reichstagsfraktion.

Wahl des Fraktionsvorstandes.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei wählte den bisherigen Vorstand einstimmig wieder. Er setzt sich zusammen aus den Genossen Hermann Müller, Dittmann, Scheidemann, Wels und Henke als Vorsitzende. Außerdem gehören dem Fraktionsvorstand an die Genossen: Breitscheid, Erpsien, Dittmann, Ferg, Gildenbrand, Giffert, Hoch, Frau Juchacz, Löbe, Schumann und Stampfer.

Deutschnationaler Auftakt.

Wie sie Verhandlungsgrundlagen schaffen.

Die Deutschnationalen drängeln sich im Reichstag zur Regierung. Ihre Presse verkündet täglich den deutschnationalen Anspruch auf die Regierung und auf das Recht, im Namen Deutschlands zum Ausland zu sprechen. So spricht die Presse der künftigen Regierungspartei zu Herriot:

„Diese Ausführungen sind für den deutschen Michel bestimmt. Herriot weiß, daß seine internationalistischen Hilfstruppen in Deutschland diesen Schwindel mit allen Mitteln verbreiten und die französischen Absichten unterstützen werden.“ („Deutsche Tageszeitung“, Nr. 234).

„Es vergeht kein Tag, an dem der zukünftige Ministerpräsident Frankreichs, Herr Herriot, nicht seine guten Lehren dem deutschen Volke aufzuschwätzen sich bemüht. Dabei bedient er sich mit Geschick der Phrasen unserer Kapitulationspolitik. Er versichert, daß jeder Versuch, den Frieden herzustellen, unmöglich gemacht sei, wenn sich das deutsche Volk wieder dem Imperialismus zuwende.“ Darunter versteht er das Wachsen des Einflusses der Nationalisten und der Kommunisten. Wie bekanken uns für den guten Rat und wissen aus der Erfahrung des letzten Jahrzehnts, was wir von der Erfüllung französischer Wünsche

zu gewärtigen haben. Das deutsche Volk beginnt mündig zu werden.“ (Deutsche Zeitung, Nr. 234).

Die deutschnationale Presse spricht, als wolle sie von vornherein manifestieren, daß eine Regierung, in der Deutschnationalen sitzen, die Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens erschweren werde. Das ist ihr Auftakt zu kommenden Verhandlungen!

Ungefähr!

Die „Deutsche Zeitung“ verleumdet den Genossen Löbe.

Die „Deutsche Zeitung“ beschäftigt sich mit der Frage, wer Präsident des neuen Reichstages werden wird. Sie fürchtet, daß bei dem großen Ansehen des Genossen Löbe auch bürgerliche Fraktionen für ihn stimmen könnten. Das gibt ihr Anlaß zu folgender gewissenloser Verleumdung:

„Gegenüber solchem Wohlwollen sei doch daran erinnert, daß Löbe es war, der gelegentlich der Abstimmung in Oberschlesien als Präsident des Deutschen Reichstages ungefähr die Worte sprach: „Wir (die Sozialdemokratie) haben kein Interesse daran, das zusammengeräubte Preußen in seinem Bestande zu erhalten!“

Die Worte Löbes, die die „Deutsche Zeitung“ mit Hilfe eines „ungefähr“ in ihren Dargen „überführt“ hat, waren getragen von dem Wunsche, daß Oberschlesien deutsch bleiben müsse. In der 90. Sitzung des Reichstages am 19. März 1921, am Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien, erklärte Genosse Löbe als Präsident des Reichstages:

„Meine Damen und Herren! Vor einer halben Stunde ist der Tag angebrochen, an dem die Entscheidung über die Geschicke Oberschlesiens fällt. Lassen Sie mich, da wir in diesem Augenblicke noch beieinander sind, der Hoffnung Ausdruck geben, daß, wenn dieser Tag sich neigt, die erdrückende Mehrheit seiner Bewohner ihre Stimme für die deutsche Sache abgegeben hat und daß Oberschlesien für immer mit uns verbunden bleibt.“

Am 20. April, als der Reichstag nach der Abstimmung in Oberschlesien zum ersten Male wieder zusammentrat, erklärte Genosse Löbe in der 91. Sitzung des Reichstages:

„Meine Damen und Herren! Als wir das letztemal vor vierzehn Wochen hier auseinandergingen, hatte die Abstimmung über Oberschlesien gerade begonnen. Das Schicksal dieser deutschen Provinz ist aber auch heute noch nicht entschieden. Wir danken allen, die unter schwierigen Umständen und mancherlei Gefahren zum Trost für Deutschland gestimmt haben. Mit 716 000 gegen 471 000 Stimmen, mit der Mehrheit seiner Gemeinden, mit der Einstimmigkeit seiner Städte, hat Oberschlesien für Deutschland gestimmt.“

Wenn wir uns einen Augenblick vorstellen, daß die gleichen Zahlen für Polen gegen Deutschland gefallen wären — den Interessen der alliierten Mächte wäre es keinen Augenblick zweifelhaft gewesen, wohin sie das so rotierende Land, das ganze, geschlagen haben würden. Dieselbe Gerechtigkeit fordern wir auch für uns, denselben Respekt für den Mehrheitswillen fordert das obereschlesische und das deutsche Volk. Wir können nur warnen, daß in einer so unheilswangeren Zeit neue Krisenherde, neue Reibungsflächen, neue Schwächungen des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens geschaffen werden, indem man zerstückelt, was zusammengehört. Oberschlesien hat sich mit Mehrheit für Deutschland entschieden; bei ihm muß es auch bleiben!“

Die „Deutsche Zeitung“ hat die „ungefähren“ Worte Löbes, die sie wiedergibt, glatt erfunden. Das ist die Methode, wie Deutschnationalen und Böllische die Politiker der Linken bekämpfen. Das kennzeichnet „ungefähr“ die ganze Höhe ihrer Weltanschauung.

Die deutsche industrielle Vereinigung, die böllische Gruppe der Unternehmer, richtet in Berlin ein Zentralsbureau ein. Geld für die Wirtschaft ist nicht vorhanden, die Geschäftsaufsicht grassiert — aber für böllische Hege ist immer Geld da.

Der „Deutsche“ Tag in Kassel.

Warnung der Staatsregierung.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Die Bayerländischen Verbände Kassel und ihnen nahestehende Gruppen planen, am 31. Mai und 1. Juni d. J. einen „Deutschen Tag“ in Kassel abzuhalten. Von der Preussischen Staatsregierung konnte aus zwingenden Gründen für diese Veranstaltungen eine Ausnahme von dem durch § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 ergangenen allgemeinen Verbot aller Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel nicht gewährt werden. Die Staatsregierung warnt dringend vor Versäßen gegen das Verbot, da sie entschlossen ist, die Staatsautorität unbedingt aufrecht zu erhalten und mit allen Mitteln zur Geltung zu bringen. Die zuständige Polizeibehörde wird gegen Personen, die unter Nichtachtung des Verbots sich zu Umzügen zusammenzuschließen oder Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten versuchen, unmissverständlich einschreiten. Auf die durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. April 1924 angeordneten Strafen gegen Teilnehmer und Veranstalter unerlaubter Umzüge und Versammlungen wird besonders hingewiesen.

Bayerisches Recht.

5 Monate für die beleidigte Jüdin — 300 M. Geldstrafe für den böllischen Beleidiger.

München, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Herbst vorigen Jahres wurde die Frau des bekannten Schriftstellers Dr. Eliasberg zu 6 Wochen Gefängnis und im Berufsungsverfahren sogar zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie auf der Straße bei einer antijüdischen Äußerung einer halbwüchsigen Kriegesgerichtssohntochter mit dem Schimpfwort Boche und später noch mit einem beleidigenden Brief geantwortet hatte. Frau Eliasberg wurde in der Nacht nach ihrer Verurteilung zusammen mit ihrem schwerkranken Mann in Schutzhaft genommen und dann durch das Generalkassationskommissariat aus Bayern ausgewiesen, da das Ehepaar seit dem Kriege staatenlos ist. Die Verurteilte verzichtete auf weitere Rechtsmittel, um die Schutzhaft nicht unabsehbar zu verlängern. Sie verbüßte ihre Strafe im Gefängnis Stadelheim bei München. Dr. E. mußte infolge seiner schweren Krankheit sofort aus der Haft entlassen werden. Die Verhängung der Schutzhaft war erfolgt auf einen Artikel im „Böllischen Beobachter“, in dem das Ehepaar E. als staatsgefährliche Bolschewisten usw. beschrieben war. Dr. E. stellte Strafantrag. Die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des ehemaligen „Böllischen Beobachters“, in der auch der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“, Hofmann, als Zeuge auftrat, fand jetzt statt. Sie ergab die böllische Unwahrheit der böllischen Verdächtigung. Der verurteilte Redakteur wurde deshalb zu 300 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Dabei erkannte das Gericht an, daß die Verhaftung und Ausweisung des Dr. Eliasberg durch das Generalkassationskommissariat auf eine Verleumdung zurückzuführen sei.

Die Verwaltungsreform in Preußen.

Tagung des Hauptausschusses des Preussischen Städte-tages.

E. R. Münster, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In dem schönen Sitzungssaal des wundervollen Münster Rathauses trat heute der Hauptausschuh des Preussischen Städte-tages zu einer zweitägigen Verhandlung zusammen. Die Tagung diente der Beratung der preussischen Verwaltungsreform, der Schulfrage und ihrem Verhältnis zur Selbstverwaltung der Gemeinden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Oberbürgermeister Böhm-Berlin seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Volksabstimmung in Hannover zu einem Sieg des preussischen Gedankens über den Partikularismus geführt werden. Der Hauptausschuh des Städte-tages nahm einstimmig und unter lebhaften Beifallsclandungen eine Entscheidung an, daß auch der Städte-tages es freudig begrüßt, daß die preu-

„Fahnen“.

Der vorsichtige Autor, Alfons Paquet, ein Beherrscher billiger Prosa, ein Meister der mancierten Sprache, ein behutsamer Gestalter und Deuter behutsamer und bedeutender Dinge, nennt sein Stück: einen „dramatischen Roman“. Somit hat er der Kritik ihren schärfsten Einwand vorweggenommen und die Verantwortung jener Bühne aufgeladen, die es unternimmt, die „Fahnen“ aufzuführen. Die Volkstheater hat diesen „dramatischen Roman“ im Theater am Bülowplatz aufgeführt.

Er spielt in „Chicago zur Zeit der Arbeiterunruhen 1886“, wie die Regieanweisung angibt. Er beginnt mit einer Demonstrationssammlung, mit knüppelnden Polizisten und der Vorbereitung des Proletariats zu einem schiebar ausschweifenden Kampf gegen den Fabrikanten Cyrus, von dem der Autor in Prolog des „Draht-ziehers“, der das Stück als „Puppenspiel“ deklariert, folgendes sagt: „Seht Cyrus hier, den Mann mit starken Knochen, als seine Mutter nach lag in den Wochen, las er schon Zeitung, buchstabierte das Einmalein und lernte led verwechseln Wein und Wein“. Ein Kapitalist also von Geburt. Wir kennen ihn und seinesgleichen und wissen, wie Kämpfe, die man gegen ihn unternimmt, vorläufig ausgeben müssen. Auch in Paquets „Fahnen“ bleibt die auf dem Grundriss der Verewschlung von Wein und Wein ausgebaute Gesellschaftsordnung siegreich. Das Stück schließt mit dem Begräbnis der gehenkten Kämpfer. Also mit der Niederlage.

Und dennoch nicht mit der Niederlage! Ein oiser Arbeiterführer, für den Kampf zu friedlich und für Begräbnisse noch gerade genug Empörer, sagt über die Leichen: „Ihr Erstlinge in dem geöffneten Boden dieses Landes. Diese Erde ist unser was nun an“. Dann befiehlt er: „Senkt die Fahnen. Bedenkt der Freiheit.“ Und eine Stimme ruft: „Freiheit“. Es ist das Echo der Welt auf die proletarische Leichenrede. Es ist eine von jenen Niederlagen, die im Grunde Siege sind. Es ist die Eroberung eines Landes durch Einpflanzen von Leichen. Uns wird ein Boden zur Heimat, in dem wir unsere Toten begraben. Die bürgerliche Gesellschaft erobert durch Morb. Wir erobern durch Opfer. Ihr Leben ist Tod. Unser Tod ist Leben. Das ist eine alte Wahrheit. Wir wollen es dennoch dem Dichter Alfons Paquet nicht vergeffen, daß er die Notwendigkeit fühlt, diese Wahrheit zu wiederholen.

Dieser „dramatische Roman“ hat zwei „Helden“: Proletariat und Kapitalismus. Er ist also die dramatische Behandlung des einzigen „sozialen Problems“, des Grundproblems der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Er schildert den Kampf zwischen Nacht und Dämmerung. Oder auch: zwischen Nacht und Kraft; zwischen Bestialität und Humanität; zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Kennen wir sie ruhig bei ihren aktuellen Namen: zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Wir haben nicht viele deutsche Dichter, die für die wichtigste

Frage der Gegenwart, für unsern historischen Kampf, für unsere Not und unsern Sieg ein leidenschaftliches Interesse bekunden. Was bedeuten uns also die dramatischen Mängel dieses „dramatischen Romans“? Gewiß hätte der prinzipielle Kritiker, der Partout-Regierer, manches auszusagen: daß hier die Typen verschwimmen in dem Konturen fressenden Grau der Atmosphäre; daß die Not der Masse noch nicht stark genug ist, um zu erschüttern, weil der Einzelnen Not etwas flüchtig erscheint, mehr skizziert als gestaltet. Es fehlt die dramatische Steigerung des Gonds, der Höhepunkt der Bestialität, wie der des Unheils. Aber die Hand, die aus dem Uebel unseres armen Lebens die Gestalten an den Vordergrund hob und sie dichterisch bestrahlte, ist dort, wo sie unsicher wird, aus Mitgefühl unsicher, durch herzliche Erschütterung zitternd. Fehlt hier die „dichterische Objektivität“? Sowoht, es fehlt, Gott sei Dank! Unsere Dichter sind sonst so grauam objektiv! Der Verfasser der „Fahnen“ ist ja nicht nur ein Dichter, sondern mehr: ein Mensch! Die bürgerliche Kritik wird es ihm übel vermerken.

Dem Menschen Paquet wurde die Regie Erwin Piscators mehr gerecht, als dem Dramatiker. Diese Regie löste den „dramatischen Roman“ in 19 Bilder auf. Sie folgten einander schnell und gleichsam bemüht, die Einheit des Geschehens um jeden Preis zu wahren. Ueber diesen mehr interessanten, als völlig gelühten Regieveruch wäre viel zu sagen. Hier sei nur der originelle Einfall vermerkt: Die Handlung der Bühne in Bayern-Rogica-Bibern auf zwei Leinwandflächen durch Legte zu erläutern. Es waren die Berichte der Chicagoer Zeitung über jenen historischen Streik, dessen Begebenheiten das Stück behandelt. Denn dieses „Drama“ ist mehr eine dramatische Reportage, als ein „dramatischer Roman“. Die Verwendung der dokumentarisch belegten Tatsache bedeutet in der neuen Literatur eine Kühnheit. Die Regie begriff es. Und sie bemühte sich (freilich mehr lösend, als erfüllend) den Mangel der eigentlichen dramatischen „Spannung“ durch Licht- und Schalleffekte und durch die dramatisch bewegte Architektur der Szenerie zu ersetzen.

Es war ein rauschender Erfolg. Der Dichter wurde hervorgerufen. Besonders zeigte sich die Jugend begeistert. Es war brennende Aktualität in dieser Aufführung. Einzelne Schauspieler rogen aus den Rollenfiguren hervor: Gog Hanemann, Werner Holmann, Hendels, Steinhof und in der Rolle eines feigen, bestochenen, kaiserlichen und klein-tyrannischen Polizeihauptlings der intuitiv gestaltete Leonhard Stedel. Aber es kommt wohl in Aufführungen solcher Stücke weniger auf die Einzelleistung an, als auf den Zusammenklang aller „Einzelnen“. Hier war die Harmonie nur durch einige Mißtöne gestört.

Der Dichter leistete sich einen kleinen Ausruf gegen die Sozialdemokratie Deutschlands. Es heißt an einer Stelle: „Die große Partei der Bolschewiken.“ Hier ist nicht der Ort für eine politische Auseinandersetzung. Der Dichter ist nicht der Mann, mit dem man über Parteipolitik zu hadern hätte. Vielleicht fühlte sich mancher

Zuschauer getränkt. Das wird den Genuß getrübt, aber nicht unmöglich gemacht haben. Von einem Autor, der diese Bestimmung manifestiert, kann die Partei des Sozialismus selbst dann eine Kritik vertrogen, wenn sie ungerecht ist.

Rangierbahnhof.

Ich wohne gegenüber dem Rangierbahnhof. Eigentlich schon hoch über dem Rangierbahnhof. In der ersten Zeit, da ich dort wohnte, hörte ich nur den Rärm, der Tag und Nacht in die Stille meiner Zimmer fiel und ich war oft ärgerlich darüber. Denn es löbte mich. Es zerrte mir den Rhythmus eines Tages, oder zerrte ein Gespräch, oder ein Nachdenken, wenn plötzlich so ein Lokomotivungeheuer zu schrillen begann und nicht aufhören wollte. Oder wenn eine andere so grell pff, daß mir die Ohren klangen. Oder wenn zischend Dampf ausgelassen wurde. Oder Wogen türmend und hackend aneinanderstießen. Oder Lokomotiven prustend stöhnten. Dann gewöhnte ich mich daran und hörte nichts mehr. Ueberhörte einfach dieses ständige Lärmen. Bis plötzlich einmal eine Lokomotive wieder so unstillbar wehklagte, jammerte wie ein krankes Kind. Und da kam mir dieser dumme Gedanke: Daß diese Pfiffe und Schreier vielleicht von großer Bedeutung seien, daß es sehr wichtig sein könnte, sie zu hören. Und daß ich diese Laute nicht nur nicht verstände, weil sie in einer fremden Sprache abgelaßt sei und daß ich sie doch nicht überhören dürfe, denn es sei zu bequem, einfach zu überhören, was uns stört und nicht paßt und wir nicht verstehen. Und ich wurde traurig, denn ich weiß, daß ich und alle anderen täglich, stündlich Botschaften, die wir verstehen können, die in unserer Sprache klingen und die sehr wichtig sind, überhören, weil sie uns unbehagen sind und uns stören. Man sollte doch nicht hoch über dem Rangierbahnhof wohnen. . . . Hanns Margulies.

Deutscher Friedenspreis. In den Vereinigten Staaten, in England, Frankreich und Italien werden große Wettbewerbe veranstaltet, um die besten Vorschläge zur Wiederherstellung des internationalen, nationalen und wirtschaftlichen Friedens zu erhalten. Edward Filene in Boston hat die Mittel zur Verfügung gestellt, um einen gleichen Wettbewerb auch in Deutschland durchzuführen. Damit soll allen Deutschen Gelegenheit gegeben werden, sich mit den wirtschaftlichen und politischen Problemen, die täglich den Gesamtstand erbitterter Auseinandersetzungen bilden, sachlich und parteilos zu beschäftigen und auf Grund gewissenhafter Prüfung praktische Vorschläge zur Überwindung der nationalen und internationalen Schwierigkeiten zu machen. Die eingelaufenen Arbeiten werden nicht nach ihrem literarischen Werte beurteilt, sondern ausschließlich nach ihrer praktischen Bedeutung. Ein Bewerber, der kurz und klar einen durchführbaren Gedanken darstellt, wenn auch ungeschickt im Ausdruck und unvollkommen in der wissenschaftlichen Begründung, hat mehr Aussicht auf den Preis als andere, die in langen Aufsätzen theoretisch richtige, aber unpraktische Gedankenansätze in vollkommener Form entwickeln. Die Höhe des ersten Preises (5000 Dollar) und die große Zahl der erheblichen Nebenpreise verdient es, daß alle Kreise der Bevölkerung sich an diesem Wettbewerb beteiligen.

hischen Städte in Hannover bei der Volksabstimmung treu zu Preußen und zum Reiche gehalten haben.

Zur Frage der preussischen Verwaltungsreform sprach Bürgermeister Plautmann. Er erwähnte den dem Staatsrat dieser Tage zugegangenen Gesetzentwurf über die Ueber-einstimmung der preussischen Verwaltung. Der Referent ging von der Voraussetzung aus, daß grundsätzlich eine großzügige Reform der gegenwertigen Verwaltung der Länder von Reichs wegen verlangt werden müsse, und daß besonders in Preußen die augenblickliche Duplizität der mittleren Instanzen in der Verwaltung zu beseitigen sei. Der Gesetzentwurf an den preussischen Staatsrat könne in keiner Weise den Anforderungen genügen, die vom Standpunkt der Städte an deren Reform gestellt werden müssen. In der Debatte kam fast einmütig der Wunsch darüber zum Ausdruck, daß der Preussische Landtag sich nicht dazu aufschwingen kann, die wichtige und grundlegende Verwaltungsreform schneller zu verwirklichen. Nach einer längeren Aussprache wurde grundsätzlich beschlossen, den vorliegenden Gesetzentwurf als ungeeignet abzulehnen und eine grundlegende radikale Reform der Verwaltung auf der Grundlage zu fordern, daß die Instanz des Regierungspräsidenten in Preußen generell abgeschafft werde. Der Hauptausfluß beschloß eine Kommission einzusetzen, die eine Resolution in diesem Sinne zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der morgigen Tagung vorlegen soll. An ihrer einmütigen Annahme ist nach dem Ergebnis der heutigen Beratungen nicht zu zweifeln.

Arbeiterregierung gegen Geheimverbände.

London, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auf eine Anfrage im Unterhaus, ob die deutschen Militärstreitkräfte die vom Versailler Vertrag zugelassene Stärke jetzt übersteigen und ob die deutsche Regierung die Forderungen des Vertrags bezüglich der Abschaffung des deutschen Großen Generalstabes und ähnlicher Organisationen erfüllt habe, antwortete Clynnes, soweit seine Informationen gingen, könne er den ersten Teil der Frage nur verneinen und beantworten, insofern er die regelrechten deutschen Militärstreitkräfte betreffe. Was den zweiten Teil der Frage angeht, so sei der deutsche Große Generalstab abgeschafft; es existiere nur noch ein Ministerium für nationale Verteidigung, das allerdings eine Generalstabsabteilung einschlicße.

Auf eine weitere Anfrage, ob Clynnes, als er die Worte „deutsche Militärstreitkräfte“ brauchte, meinte, daß die jetzt aufgestellten Truppen die im Versailler Vertrag vorgesehene Zahl nicht überschritten, antwortete Clynnes, daß die Regierung weit davon entfernt sei, befristet zu sein bezüglich des vom ersten Teil seiner Antwort Gebotenen.

Auf die weitere Frage, ob er Schritte unternehmen wolle, um mit der deutschen Regierung in Fühlung zu treten und ihre Aufmerksamkeit auf diese wichtigen Klauseln des Vertrages zu lenken, und welche Schritte die Regierung zu unternehmen beabsichtige, um die Einhaltung des Versailler Vertrages zu gewährleisten, erwiderte Clynnes, die Formulierung des zweiten Teiles seiner Antwort werfe juristische Fragen auf, auf die er im Augenblick nicht antworten könne.

Ein anderes Mitglied des Hauses fragte, ob Clynnes sagen könne, warum die Mitglieder der Regierung die einzigen seien, die von diesen Tatsachen nichts wüßten, und ob in Deutschland nicht viele vaterländische Verbände unter militärischer Leitung beständen. Clynnes Antwort auf diese Frage war unhörbar.

Die Entwicklung der hier berührten Dinge in den letzten Monaten in Deutschland, die Haltung der Reichsregierung und nicht zuletzt die unerhörten Vandalenverbrechen haben dazu geführt, daß nunmehr auch die englische Regierung in recht eindeutiger Weise ihr stärkstes Mißtrauen zum Ausdruck bringt. Wenn erst die Deutschen in der Regierung wären, dann würde Deutschland sein blaues Wunder erleben. Wenn die Nationalisten auf englisch-französische Gegenstände gerade in dieser Frage spekulieren, dann werden sie im Gegenteil jener Einheitsfront gegenüberstehen, die bereits bei der letzten Räte der Vorkonferenz über die Militärkontrolle in Erscheinung getreten ist.

Das Sekretariat befindet sich in Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 3a I, 3 Treppen. Alle Sendungen sind ausschließlich dorthin zu richten. Dort sind die Bedingungen des Preisausschreibens jederzeit erhältlich. Allen Anfragen muß ein adressierter Briefumschlag für die Antwort beigelegt werden.

Der deutsch-russische Konflikt als Schauspiel. In den Sperlingsbergen bei Moskau findet, wie der Ost-Express berichtet, die Auf-führung eines Sensationsstückes statt, welches die politische Unter-suchung der Sowjethandelsverletzung in Berlin zum Gegenstande hat. Der erste Akt zeigt den Abschluß des Rapallovertrages, der zweite die Tätigkeit der Handelsvertretung und eine „schwarze“ Verschwörung, der dritte die politische Untersuchung und Protest-forderungen der Arbeiter, der letzte enthält eine Massendemonstration gegen Deutschland. Mitwirkende sind die Schüler der Meyerhöfischen Theaterschule, zu den Massen-szenen sind aber auch Soldaten hinzugezogen; im Schlußbilde beteiligt sich das ganze Publikum.

Ein Wörterbuch der Schustersprache. Die alte Schustertradition der Hans Sachs, Jakob Böhme und anderer, nämlich nicht bei seinem Besten zu bleiben, scheint der Stockholmer Schuhmacher Jänsert fortsetzen zu wollen. Er hat nämlich aus einem Stipendium-fonds 500 Kronen zu einer Studienreise ins Ausland erhalten, damit er sein Wörterbuch der Schustersprache in der Schuh- und Leder-industrie vollenden kann. Jänsert, der 34 Jahre zählt, ist — selbst lahm — in der orthopädischen Schuhmacherei eines Krüppelchens belächelt. Seit Jahren arbeitet er an seinem Wörterbuch, das bereits 2400 schwedische Ausdrücke umfaßt, für die er nun auf einer Auslandsreise die entsprechenden deutschen, französischen und englischen Uebersetzungen feststellen will. Es handelt sich nicht nur um die alten Handwerksausdrücke, die den größten wissenschaftlichen Wert haben, und um die Namen aller Maschinen, Handgriffe und Arbeiter, die die verschiedenen Maschinen bedienen, sondern auch um die Ausdrücke für alle Leder- und Häutesorten.

Die Kontrabassfrage gegen Leo Blech ist dem Deutschen Opernhaus zurückgegeben worden.

Neue loddringende Strahlen. Aus Obfeld wird eine zweite Erfindung loddringender Strahlen gemeldet. Es heißt, daß der Erfinder ein Doktor T. R. Hall ist, ein Angewandter, der bereits Valente für die Uebermittlung seiner Strahlen nachgewiesen hat. Diese Strahlen sollen sich nach transparenz-gewöhnlicher Richtung ohne Verbindungsdrähte ausbreiten lassen. Dr. Hall ist Professor an der Obfeldener Universität und lehrt die moderne Anwendung der Elektrizität.

Drahtlose Telephonie London-New York. Nach New Yorker Meldungen beschließt die britische Regierung in London eine drahtlose Telephon-anlage für den Verkehr mit New York zu errichten.

Russische Hilfe für deutsche Gelehrte. Der Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands sind aus russischen Gelehrtenkreisen neue Mittel zugeführt worden, die es ihr ermöglichen, das bereits vor einigen Monaten begonnene Hilfswerk für die deutschen Gelehrten sowie für deren Kinder in erheblichem Maße fortzuführen. Auch stehen noch eine Anzahl von Sanatoriumsblöcken bei Moskau und Leningrad (Petersburg) mit freier Verpflegung für längeren Aufenthalt zur Verfügung. Anfragen und Besuche sind an den Generalsekretär der „Gesellschaft der Freunde des neuen Russlands“, Herrn Graf Baron, Berlin-Pantow, Kanallierstr. 10, zu richten.

Schlichtungsverhandlungen im Ruhrkampf.

Auf Dienstag vertagt.

Die Schlichtungsverhandlungen, die gestern im Reichs-arbeitsministerium unter dem Vorsitz von Dr. Syrup statt-fanden, sind bisher ergebnislos verlaufen. Sie werden am Dienstag, 10 Uhr vormittags, weitergeführt werden.

In zwölfter Stunde.

Bodum, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zei-tung“, schreibt: „Die Lage im Ruhrgebiet drängt mit aller Macht zu einer baldigen positiven Entscheidung. Die letzten Möglichkeiten, den Konflikt ohne allzu große Schädigung für die Wirtschaft zu lösen, haben die Verhandlungen ungenügend vorübergehen lassen. Die Unternehmer sind des Glaubens, daß die Ruhrberg-arbeiter infolge Hungers recht bald zu Kreuzen kriechen müßten. Weiter sind sie der Hoffnung, daß es den sogenannten radikalen Elementen in Kürze gelingen werde, die Bergarbeitermassen aus den Händen der Verbandsführer gleiten zu lassen. Sie warten darauf, daß die bis heute vorbildlich wirkende Einheitsfront von den kommunistisch-unionistischen Phrasenbeiden zerfallen wird. Mögen die Regierenden in Berlin erkennen, daß im Ruhrgebiet keine Zeit mehr verloren gehen darf. Wird den schwerindustriellen und bolschewistischen Katastrophenpolitikern nicht bald und energisch der Weg versperrt, dann kann es in diesem Revier zu Ereignissen kommen, die noch Jahrzehnte hindurch ihren Schatten auf die Entwicklung unseres schwer ringenden Volkes werfen müssen. Diese Mahnung rufen wir der Regierung zu in dem Bewußtsein, daß hinter ihr Hunderttausende red-licher, braver Bergarbeiter stehen, die allen Schicksalschlägen zum Trotz den Kopf hoch halten und den Willen zum Sieg bis zur letzten entscheidenden Stunde in sich tragen werden.“

Die preussische Regierung und der Ruhrkampf.

Unmittelbar nach Schluß der großen politischen Aussprache im Preussischen Landtag über den Konflikt im Ruhrbergbau und die Stellungnahme des preussischen Handelsministeriums als Arbeitgeber der staatlichen preussischen Steinkohlengruben (worüber wir an anderer Stelle berichten) trat das preussische Staatsministerium zu einer Kabinettsitzung zusammen. Im Vordergrund der Erörterungen standen neben der Bereitstellung von Mitteln über die Beamtensoldatung die Frage der Beschaffung außerordentlicher Mittel für den preussischen Staatsbergbau. Nachdem auch das Zentrum und die Demokraten die Haltung des Handels-ministeriums im Bergarbeiterkonflikt einer scharfen Kritik unterzogen und sich damit nahezu vier Fünftel des Landtags auf die Seite der Bergarbeiter gestellt hat, ist zu erwarten, daß das preussische Kabinett alles tun wird, um zusammen mit dem Reichs-arbeitsministerium den verhängnisvollen Konflikt aus der Welt zu schaffen.

Maßnahmen der Bergarbeiter-Internationale.

Brüßel, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutiv-komitee der Bergarbeiter-Internationale hat die aus-ländischen Landesdelegierten der Bergarbeiter-Internationale beauf-tragt, sich sofort mit den Transportarbeiterverbänden in Verbindung zu setzen, um die Frage der Unterbindung sämtlicher Kohlentransporte nach Deutschland zur wirksamen Unterstüßung der deutschen Bergarbeiter zu erörtern. Die Bergarbeiter-Internationale will mit der Internationale der Transportarbeiter gemeinsame Maßnahmen zur vollkommenen Stilllegung der Kohlentransporte nach Deutschland beraten.

Poincarés Schwanengefang.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Poincaré hat am Montag in seiner Rede zu Paris-Duc gezeigt, daß er sich konsequent gehalten ist bis zuletzt und das Ergebnis vom 11. Mai spurlos an ihm vorübergegangen ist. Er hat wieder versichert, daß durch das Ergebnis der Wahl seine Außenpolitik nicht im geringsten desavouiert sei, und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sie auch in Zukunft keine Änderung erfahren könne. Denn für Poincaré ist das Ergebnis der Wahl nichts anderes als das Spiel eines von den Anomalien des geltenden Wahlgesetzes begünstigten Zufalls, bei dem der Linken, von den Mehrheitsprämien abgesehen, vor allem die Unzufriedenheit der Bevölkerung über Steuererhöhung und Leuerung zugute gekommen sei. Der Seitenhieb, daß daneben allerdings auch die Uebertreibungen der Reaktion und die Diktaturgestülpe einiger „Unverbesserlichen“ dazu beigetragen habe, zehrfache Republikaner der Linken in die Arme zu treiben, geht offenbar ebenso auf Millerand wie die Erklärung, daß „wer heute versuche, mit illogischen Mitteln das Experiment einer Vorkriegsregierung zu verhindern, das das Land offenbar wünsche, unwürdig ist, einer freien Nation als Bürger anzugehören“. Der neuen Koalition gegenüber empfiehlt Poincaré „Fair play“, verbunden mit schärfer Wachsamkeit in der Hoffnung, daß, wenn die neue Mehrheit in die Amnestie wirkliche Deserteur, Verräter und Revolutionäre einschließen sollte, wenn sie auf finanziellen Gebiet durch Bewilligung neuer Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen ein neues Chaos schaffen sollte, oder aber, wenn das Kartell der Linken eines Tages von innen her zerfallen sollte, sich eine neue, von der Vormundschaft der extremen Parteien befreite Mehrheit der republikanischen Union konstituieren werde.“ Ueber

die deutsch-französischen Beziehungen

äußerte sich Poincaré, daß er sich nur schweren Herzens und erst, nachdem alle anderen Mittel verlagert hätten, zum Einmarsch ins Ruhrgebiet entschlossen habe, und er führte als Beweis dafür einen bisher unbekanntem Brief des damaligen englischen Botschafters in Paris, Lord Harding, an, in dem dieser die Mitteilung macht, daß die englische Regierung die von der französischen vorgeschlagenen Sanktionen (gemeinschaftliche Ausbeutung der staatlichen Gruben und Forsten auf dem linken Rheinufer und die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein) nicht akzeptieren könne. Poincaré erklärte weiter, daß die

französische Regierung das Programm der Sachverständigen ohne Vorbehalt gutgeheißen

habe. In der offiziellen Antwort an die Reparationskommission steht davon kein Wort, und Poincaré selbst war es, der in seiner Rede vom 15. April und neuerdings in seinem Briefwechsel mit Ramsay MacDonald dessen Annahme von zahlreichen Bedingungen abhängig macht. Es ist in der Tat nur ein Spiel mit Worten, wenn Poincaré im gleichen Atem erklärt, daß er zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands bereit gewesen wäre, sobald Deutschland den Expertenplan ausgeführt haben würde, obwohl er genau weiß, daß nach dem einmütigen Urteil aller Sachverständigen diese Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit eine der materiellen Voraussetzungen für die Realisierung des Planes ist. Eine Behauptung ebenfalls wider besseres Wissen ist, wenn Poincaré in seiner Rede den Spieß umzudrehen versucht mit der Behauptung, Deutschland sei es, das die Verhandlungen über das Sachverständigenprogramm zu verschlep-

pen lasse. — Den Schluß seiner Rede, vorwiegend der letzten Rede Poincarés als Ministerpräsident, bildet die übliche Litanei über die durch Deutschland bedrohte Sicherheit Frankreichs.

Herriot über seine Politik.

Zerstückliche Berichtigungen des „Vorwärts“-Interviews

Paris, 25. Mai. (W.Z.) Der Abgeordnete Herriot hat gestern in Lyon einem Vertreter des „Welt Journal“ eine Unter-redung gewährt, in der er unter anderem erklärte, in der Außen-politik werde die neue französische Regierung sich von zwei Grundregeln leiten lassen: der Welt den wahren Frieden und Gerechtigkeit und Frankreich die Sicherheit und die Re-parationen zu gewährleisten, auf die es Anspruch habe. Nach außen wie im Innern gedankte er sich

auf die demokratischen Parteien zu stützen,

und er habe von den Demokraten aller Länder bereits ermuti-gende Versprechungen erhalten. Zuerst müsse die neue Re-gierung danach trachten, die Schwierigkeiten zu regeln, die der Sach-verständigenbericht mit sich bringe, dann habe sie die Mo-dalitäten der Räumung des Ruhrgebiets zu prüfen, aber ihr Ziel werde sie vor allem dadurch erreichen, daß sie sich bemühe, die Beziehungen Frankreichs zu den verschiedenen Völkern freundschaftlicher zu gestalten.

Das Interview, das der „Vorwärts“ veröffentlicht habe, gebe seine Absichten in bezug auf Deutschland einigermassen getreu (assez fidèlement) wieder. Es hätten sich jedoch gewisse sachliche Zer-stücker (erreurs matériels) eingeschlichen, die zu berichtigen notwendig wäre. (Siehe unsere Anmerkung am Schluß dieser Meldung, Red. d. „W.“) Er habe gesagt, er würde jedes Zusammenarbeiten mit den deutschen Nationalisten ablehnen und nicht mit den deutschen Kommunisten. Ebenso habe er auch nicht erklärt, daß er von der Gegenseite „Vertrauen“ fordern werde, er habe vielmehr gesagt, daß er „bona fides“ (bonne foi) verlange; mit welchen Männern er auch zu tun haben werde, und welchem Lande sie auch angehören müßten, er werde von ihnen eine bona fides verlangen, die derjenigen gleichkomme, auf die sie seinerseits zählen könnten. Schließlich fehle in der Wiedergabe seiner Erklärungen im „Vorwärts“ die Mitteilung, daß es seine entschiedene Absicht sei, die Rechte seines Landes zu verteidigen, und daß man vor allem jene-felts des Rheins bedenken sollte, daß eine nationalistische Orientierung der deutschen Regierung die Verhandlungen zum Zweck der Wiederherstellung des Friedens erschweren werde, die zum Ziele zu führen sein schärfster Wunsch sei. Er wolle jede Demokratie unterstützen und gegen jeden Imperialismus ankämpfen.

Herriot erklärte weiter, er sei mehr denn je entschlossen, von den Sozialisten nicht nur eine wohlwollende Unterstützung, sondern eine aktive Mitarbeit zu verlangen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei werde er an den sozialistischen Parteitag, der am 1. Juni zusammentrete, persönlich sein Angebot richten.

Von der Antwort werde sein künftiges Verhalten abhängen. Wie diese aber auch ausfalle, die Regierung, an die er denke, werde sich nur auf die Männer der Linken stützen und nur ihr Mitarbeit annehmen.

Anmerkung der Redaktion: Die Berichtigungen Herriots gegenüber dem „Vorwärts“-Interview sind völlig gegenstandslos, wie ein einfacher Blick auf den Text unseres am 22. d. M. erschi-nenen Interviews sofort beweist. Sie richten sich in Wirklich-keit nur gegen einen stark gefälschten und durch offenkundige tele-phonische Uebersetzungsfehler vollständig sinnentstellenden Auszug im „Matin“ vom 23. Mai.

Das, was Herriot als unrichtig betichtigt, hat zwar im Berliner „Matin“-Telegramm, nicht aber im „Vorwärts“ gestanden. Weder war bei uns mit einem Worte von „Kommunisten“, noch vom „Vertrauen“ die Rede. Vielmehr kam das Wort „guten Glauben“ (bona fides) mindestens sechsmal vor, genau so, wie es Herriot in der Unterredung gebraucht hatte.

Andererseits ist das, was er in dem Interview vermischt, zwar nicht in dem „Matin“-Auszug enthalten, wohl aber im Original des „Vorwärts“ fast wörtlich so erschienen, wie er es ergänzt: so-wohl die Betonung seiner Absicht, die Rechte seines Landes zu ver-teidigen, wie auch die sorgenvolle Warnung vor einer Rechtsorien-tierung in Deutschland.

Sozialistische Partei und Regierungsbildung.

Paris, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine große Anzahl von Provinzialverbänden der Sozialistischen Partei hat sich am Dienstag in Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages vom 1. Juni mit der Frage der Vereinfachung der Regierung befaßt. Für den Eintritt der Sozialisten in das Kabinett haben sich aus-gesprochen die Departements Rhône (Moutet), Tarn (Paul Bon-cour), Gers (Vaxte), Landes du Rhône (Poussin) und Tonne-lou, dagegen Gar (Renaudel) und Somme. Im Seine-Departement, wo die Diskussion besonders lebhaft war, ist die Mehrheit gegen die Beteiligung an einer Koalitionsregierung. Die endgültige Abstimmung wurde jedoch auf Donnerstag vertagt.

Regierungskrise in Schweden.

Die Sozialdemokraten gegen die Militärvorlage.

Stockholm, 25. Mai. (Eig.) Das schwedische Parlament hat heute die Beratungen über die Militärvorlage beendet, die eine Um-gruppierung des Heeres, Verstärkung der Flotte und Luftflotte vor-sieht. Die Regierung hat ein Militärbudget von 140 Millionen Kronen vorgeschlagen. In der ersten Kammer hat eine geringe Mehrheit die Regierungsvorlage angenommen, aber mit einer wesentlichen Ände-rung, nämlich daß die Ausbildungszeit der Infanterie auf 140 Tage reduziert wird. In der zweiten Kammer hat dagegen eine Mehrheit von 50 Stimmen den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei angenommen, nur ein Jahresbudget von 99 Millionen Kronen und drei Armee-korps zu bewilligen. Bei Un-stimmigkeiten der beiden Kammern hat man sonst eine gemeinsame Abstimmung vorgenommen. Diesmal aber erübrigt sich diese, weil die große Mehrheit des sozialdemokratischen Vorschlages in der zweiten Kammer die Lage der Regierung in dieser Frage auch bei einer gemeinsamen Abstimmung aussichtslos erscheinen läßt. Man erwartet einen Austritt der Regierung Trygger, gleichzeitig die Auflösung der Kammer und die Neuwahl, die dann über das Schicksal der Militärvorlage entscheiden soll.

Attentatsprozeß in Budapest.

Budapest, 26. Mai. (W.Z.) Vor dem Budapest Gerichte wurde heute gegen den 53jährigen Eisenbahnen-Syrtaron verhandelt, der gegen den Reichsbürgermeister ein Attentat geplant hatte. Syrtaron erklärte bei seiner Vernehmung, daß er sein Vorhaben, den Reichs-bürgermeister zu ermorden, unbedingt ausführen werde, falls er seine Freiheit wiederelangen sollte. Das Gericht verurteilte Syrtaron zu fünf Jahren Zuchthaus und seine beiden Witange-nanten, die von den Absichten Syrtarons Kenntnis hatten, ohne An-zeige zu erstatten, zu drei Monaten Gefängnis. Die durch die Unter-suchungshaft als verblüht erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten hielt seinen Verbandstag vom 20. bis 23. Mai in Kassel ab. Vertreten waren einschließlich der Verbandsleitung 82 Delegierte. Außer den Geschäftsberichten und Anträgen zum Statut und Unterstüßungsreglement stand auf der Tagesordnung die Frage der Berufs- oder Industrieorganisation, Tarif- und Lohnpolitik und Schlichtungsweisen, Arbeiterschutz, Arbeitsrecht und Internationales.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung sprach der Verbandstag den ausgesperrten Arbeitern im Ruhrgebiet und überhaupt allen im Kampfe für den Achtstundentag stehenden Arbeitern seine Sympathie aus und forderte die Verbandsmitglieder auf, sich an den Unterstüßungen zu beteiligen. Die hierauf unter den Verbandstagteilnehmern vorgenommene Sammlung ergab den Betrag von 502 M.

Dem Geschäftsbericht, den der Verbandsvorsitzende Ströhlinger erstattete, war zu entnehmen, daß in der abgelaufenen Geschäftsperiode zwar ein bedeutender Mitgliedererlust eingetreten ist und andauernd mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen war, daß die Organisation aber dennoch völlig intakt geblieben ist und nunmehr Aussicht besteht, daß es wieder aufwärts geht. Nach sehr eingehender Aussprache wurde das von der Opposition beantragte Mißtrauensvotum gegen die Verbandsleitung und Redaktion abgelehnt und ihr mit allen gegen vier Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Zur Frage der

Industrieorganisation

wurde gegen wenige Stimmen eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

„Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten ist bis auf weiteres als Industrieorganisation im Sinne des Beschlusses des 11. Gewerkschaftskongresses zu betrachten und demgemäß in seiner Organisation und seinen Branchen so auszubauen, daß er auch nach außen dieser Auffassung entspricht.“

Zunächst ist es Aufgabe des Zentralverbandes, durch gewerkschaftliche Schulung aller seiner Mitglieder das Verhältnis zwischen den einzelnen Branchen des Berufes so zu festigen und zu sichern, daß er allen Angriffen und Verdächtigungen standhält.

Erst, wenn dies erreicht ist, kann einer engeren Verbindung mit anderen Verbänden der Ernährungs- oder Genussmittelindustrie nähergetreten werden. Der nächste Verbandstag wird festzustellen haben, ob diese Voraussetzungen inzwischen erfüllt sind.“

Statut und Unterstüßungsreglement erfuhren wesentliche Änderungen. Beschlossen wurde gegen eine starke Minorität, daß ab 1. Oktober d. J. auch die Disbeamten und Angestellten von der Hauptverwaltung anzustellen und aus der Hauptkassette zu bezahlen sind. Die beantragte Aufhebung der sozialen Unterstüßungen wurde abgelehnt und die verschiedenen Unterstüßungszweige neu geregelt. Die Beiträge wurden auf 2 Proz. des Wochenverdienstes festgesetzt, wovon 15 Proz. den Zweigvereinen zur Bestreitung der örtlichen sachlichen Ausgaben verbleiben. Im Hinblick auf das organisationsgefährdende Vorgehen der sogenannten Opposition sind die Ausschlußbestimmungen im Statut in der Weise ergänzt worden, daß diejenigen auszuschließen sind, die der parteipolitischen und religiösen Neutralität des Verbandes zuwiderhandeln oder durch Einberufung von gegnerischen Versammlungen, Konferenzen und Kongressen oder durch Teilnahme an solchen die Organisation schädigen.

Zur Tarif- und Lohnpolitik wurde nach einem Referat von Riemann und ausgiebiger Diskussion eine Entschließung angenommen, in der die Richtlinien für Lohnbewegungen festgestellt werden und in der die

Befestigung des Bedienungsgeldes

bzw. Prozentsystems verlangt und eine ausreichende feste Entlohnung durch die Unternehmer für alle gewerkschaftlichen Angestellten gefordert wird. Insbesondere soll das Abgabensystem nachdrücklich bekämpft werden, um so zu verhindern, daß im Interesse der Unternehmer die eine Gruppe für die anderen die Löhne aufzubringen hat.

Zu den sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen wurden die von M. Richter und S. Halle beantragten Resolutionen, in denen die auf diesem Gebiete liegenden Forderungen formuliert sind, angenommen. Nach einem Referat von Pöschel über die internationale Organisation wurde die Hauptverwaltung beauftragt, für die baldige Einberufung einer

Internationalen Konferenz der gastwirtschaftlichen Angestellten

zu wirken und den Wiederaufbau der Internationalen Union herbeizuführen. Außerdem soll in jeder Weise die Wiederherstellung der internationalen Freizügigkeit, die für die Gastwirtsgehilfen unbedingt erforderlich ist, gefördert werden.

In die Hauptverwaltung wurden gegen wenige Stimmen wiedergewählt: R. Ströhlinger, 1. Vorsitzender; M. Richter, 2. Vorsitzender; H. Altermann, Kassierer; G. S. Halle, Redakteur; G. Riemann, Sekretär. Als Vorsitzender des Verbandsausschusses wurde W. Zillmann-Hamburg gewählt.

Die „Opposition“, die zu dieser Tagung erhebliche Vorbereitungen getroffen hatte, kam nicht auf ihre Rechnung. Die große Zahl der bekannten Anträge und Resolutionen, die sie eingebracht hatte, wurden gegen nur wenige Stimmen abgelehnt.

Der Glaserstreik.

Seit 12. Mai stehen die Glaser Berlins im Streik. Am 24. Mai fand die zweite Streikversammlung statt. Wie die Streikleitung berichtete, waren am zweiten Tage sämtliche Glaser in der Streikliste eingetragen, so daß die „Aussperrung“, die am 12. Mai von den Unternehmern beschlossen war, keinen weiteren Zuwachs der Streikenden bedeuten konnte. Objekt des Aussperrungsbeschlusses sind aber auch nicht etwa die Gehilfen, sondern die kleinen Meister. Da diese selten einen Gehilfen beschäftigen, könnten sie sich zusammenschließen und vielleicht einige Arbeiten ausführen, die sonst große Firmen machen. Um alle Arbeiten zu unterbinden oder richtiger gesagt, damit die Kleinen den größeren Betrieben keine Arbeit wegnehmen, wurde die „Aussperrung“ beschlossen.

Zwei größere Firmen (Glaser-Haus) haben die neuen Bedingungen unterschrieben und anerkannt. Die Versammlung beschloß, an reine Glasererien, sowie an gemischte Betriebe (Schleiferei und Glasererei) keine Bewilligung zur Arbeit zu erteilen.

Einstimmig wurde beschlossen, daß die Lohnkommission an der

Ablehnung der verlängerten Arbeitszeit und Ablehnung der Akkordarbeit festzuhalten habe. Mit Beginn dieser Woche soll die Streikkontrolle verschärft werden, da einige Firmen versuchen, Arbeiten von den Berufskämpfern ausführen zu lassen. Alle Glaserarbeiten sind Streikarbeit!

Betriebsratswahlen bei den Berliner Großbanken.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten teilt mit, daß mit Ausnahme der Dresdner Bank, wo die Neuwahl erst im Herbst stattfindet, die diesjährige Wahl der Betriebsräte beendet ist. Bei der Distriktozialgesellschaft, Deutschen Bank, Darmstädter und Nationalbank, Commerz- und Privatbank und Mitteldeutschen Creditbank waren insgesamt 89 Betriebsräte zu wählen, von denen nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen 55 dem All-

Es liegt an uns

an der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft, das nötige Verständnis aufzubringen für den Riesenkampf im Ruhrgebiet um die Arbeitszeit. Von dem Maße unserer Unterstützung hängt es ab

ob die Bergarbeiter

im Vordertreffen unseres schweren Kampfes ausharren können oder durch den Hunger, dem man sie mit Frauen und Kindern auslieferte, bezwungen werden. Wir wollen, daß sie

vollen Erfolg erzielen

Da kann es kein Abwarten, kein Zögern geben. Bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung müssen wir eine oder mehrere Rentenmark opfern. Wer sich davon drückt, übt Selbstbetrug. Parole: Bergarbeiterhilfe!

Zeichnet sofort

reichlich und gebt, sonst ist's zu spät und die Opfer der Bergleute sind vergeblich gebracht, durch unsere Schuld. Es muß alles geschehen, was wir tun können.

Übt Solidarität!

gemeinen Verband angehörend. Die übrigen Sitze verteilen sich wie folgt: Deutscher Bankbeamtenverein 14 Sitze, Oberbeamtenverein 9, Reichsverband der Bankangestellten 8, Deutschnationale 2, gelber Geistesliche Verband 1. Aus dem Ergebnis geht die überraschende Position des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten, der auf seiner Liste ungefähr das Doppelte der übrigen Verbände vereinigt, klar hervor.

Gegen die Befoldungspolitik.

Die Pressemitteilungen der Reichsregierung über das Ergebnis der Befoldungsbearbeitungen sind geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob die Beamtenhilfsorganisationen den Regierungsvorschlag widerspruchlos angenommen hätten. Das Gegenteil ist der Fall! In der Schlussverhandlung lehnten die Spitzenorganisationen das Regierungsangebot ausdrücklich ab und sie behielten sich alle weiteren Schritte vor. Die sofort eingeleiteten Beratungen der Organisationen über die zu ergreifenden Maßnahmen wurden am Montag zum Abschluß gebracht.

Zum Zimmererstreik.

Der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin hat unterm 19. Mai ein Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet „betreff. Wiederaufnahme der Arbeit“. Darin wird behauptet, die kommunistische Führung der Zimmerer und der „Ausgeschlossenen Bauarbeiter“ verstoßen „den für sie schon verlorenen Kampf“ noch mit allen Mitteln zu retten. Als Ziel der Unternehmer wird erklärt, „die Arbeitsstellen zu den im letzten Rundschreiben bekannt gegebenen Bedingungen zu besetzen. Das ist viel wichtiger, als irgendeinen Mann, den der einzelne unter Umständen nicht wiederhaben will, nicht einzustellen.“

Die Arbeitgeber wurden ermahnt, sich streng an die Anordnungen ihres Verbandes zu halten, „denn es gibt keine Ruhe in diesem Sommer, wenn die Arbeiterorganisationen, die uns jetzt den verschärften Kampf auferlegen, die Oberhand gewinnen.“

„Unter keinen Umständen darf es geschehen und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir, nachdem wir soweit gekommen sind, nicht mit dem Rest der Zimmerer . . . fertig werden sollten.“

Hierzu wird uns von parteigenössischen Zimmerern mitgeteilt: Wenn auch von vereinzelten Heberdribalern versucht wird, den Kampf der Zimmerer zu einer kommunistischen Aktion zu machen, so wird dies doch den von der überwiegenden Mehrheit der Zimmerer abgelehnt. Die Angaben in dem Rundschreiben, daß die Zimmerer an einigen Stellen schon 150 M. Stundenlohn fordern, das ist allerdings „ein ausgemachter Schwindel“. Der Kampf dreht sich hauptsächlich um die Beibehaltung der 46 1/2 stündigen Arbeitszeit. In diesem Punkte sind sich alle Zimmerer einig. Es muß um die Spitze der Unternehmer schlecht bestellt sein, wenn ihre Verbandsleitung sie ermuntert, noch ein paar Tage auszuhalten, bis der Kampf der Zimmerer völlig zusammenbricht. In diesem Kampfe stehen die Zimmerer einig und geschlossen hinter ihrer Organisation, gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehören. Wenn die Arbeitgeber auf ihrem Herrenstandpunkt verharren, die Arbeitszeit verlängern wollen, dann wird es allerdings keine Ruhe im Gewerbe geben. Der jetzige Kampf ist von den Unternehmern heraufbeschworen. Wollen sie Ruhe und Frieden, dann müssen sie es bei der alten Arbeitszeit belassen. Es hängt also lediglich von dem Arbeitgeberverbande ab, durch Preisgabe seiner Absicht zur Verlängerung der Arbeitszeit den Kampf zu beenden. Bis dahin werden die Streikenden im Kampfe ausharren.

Marodeure des Ruhrkampfes.

Die „Baterländischen“ möchten ebenfalls Bergarbeiter „organisieren“. Sie veranstalten zu diesem nichtsnutigen Zweck eine „Baterländische Bergarbeitertagung“. Um dafür in der Presse Klänge zu machen, leiten sie ihre Propaganda mit der unverschämten Lüge ein, „in Bergarbeiterkreisen“ wachse der Unwille gegen die Fortdauer des Streiks „und insbesondere gegen die gewalttätige terroristische Unterdrückung derjenigen Arbeiter, die gern arbeiten möchten, mit jedem Tage. Als ob die Bergarbeiter die außer ihrer Schicht seit Jahr und Tag Lieberstunden machen, nicht gern arbeiten möchten! Als ob ihr Unmut sich gegen ihre Organisationen richte und nicht gegen die Unternehmer! Daß das notorisch arbeitsscheue Streikbrechergezinzel nur dann „gern arbeiten möchte“, wenn die wirklichen Arbeiter sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen wehren oder für deren Verbesserung kämpfen müssen, ist nicht nur im Arbeiterkreise bekannt. Anstatt wie alle ehrlichen Arbeiter alles daran zu setzen, die ausgesperrten Bergarbeiter in ihrem Abwehrkampfe zu unterstützen, suchen diese „Baterländischen“ (in Berlin, Dessauer Str. 19) den Bergarbeitern in den Rücken zu fallen. Angeblich „um Abwehrmaßnahmen gegen den Terror ergreifen zu können“, wollen die „Baterländischen“ tagen. Sollte es wirklich noch beratt verbödete Unternehmer im Bergbau geben, die den „Baterländischen“ — wie die Gelben sich hochtrabend nennen — auch nur eine Rentenmark Vorschuß auf den Erfolg ihrer „Abwehrmaßnahmen“ zahlen gegen den „Terror“ im Ruhrgebiet, den diese in Berlin führenden Geiselnführer vorpiegeln, um ihrem elenden Betrieb aufzuhelfen?

Daß selbst die BS-Korrespondenz sich in den Dienst des gelben Pressechwindels stellt, ist bezeichnend.

Schiedsspruch für die Hamburger Hafearbeiter.

Der Schiedsspruch der Schlichtungskammer schlägt vor, den Tageslohn auf 4,80 auf 5,60 M. zu erhöhen. Entsprechend sollen auch die Akkordlöhne eine Aufbesserung erfahren. Die Vertrauensleute der Hafearbeiter waren gestern schon zu einer Besprechung des Schiedsspruchs, der eine Gültigkeitsdauer bis zum 31. Juli vorsieht, zusammengetreten, ebenso die Vertrauensmännertkommission des Hafenbetriebsvereins.

Deutschösterreichische Erwerbslosenfürsorge.

Zwischen der Reichsregierung und der österreichischen Regierung ist eine Vereinbarung getroffen worden, mit Rückwirkung bis zum 9. Mai 1920, wonach nicht allein die beiderseitigen Staatsbürger gleichberechtigt beim Bezug von Erwerbslosenunterstützung sind, sondern auch die Tätigkeit in dem einen Lande zum Bezug von Erwerbslosenunterstützung in dem anderen berechtigt. Auch zum Bezug von außerordentlichen Kostensenkungen unterstützungen auf Grund des österreichischen Bundesgesetzes vom 15. Dezember 1922 werden künftig deutsche Reichsangehörige in Oesterreich berechtigt sein.

Den Kollegen im Stud- und Gipsbau zur Kenntnis, daß die Streikgelder bis Freitag, den 30. Mai, abends 6 Uhr, im Verbandsbureau, Zimmer 52, abgeholt sein müssen, damit die Abrechnung erfolgen kann. Ferner weisen wir darauf hin, daß die Namen und Wohnungen der Betriebsräte und Baudeliegerten im Verbandsbureau bekanntgegeben werden. Die Gruppenleitung.

Im Mannheimer Metallarbeiterstreik wird mit einer baldigen Befriedigung gerechnet, nachdem die Metallindustriellen den Schiedsspruch des Schlichters angenommen haben. Am Sonnabend war ein neuer Schiedsspruch ergangen, der die Frage der Akkordarbeit regelt. Hierüber hatte gestern eine Funktionärerversammlung der Arbeitnehmer zu beschließen. Es wird angenommen, daß der Beschluß zustimmend ausfällt und heute oder morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.

Der Streik der Unhaltlichen Metallindustrie ist gestern infolge Abstimmung der Arbeiterchaft beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen werden.

Ueber die Streiklage im deutsch-oberschlesischen Industriebezirk wird berichtet, daß sich die Lage bei den Steinkohlengruben weiter gebessert habe. Bei den Eisenhütten ist keine Veränderung eingetreten.

Achtung, Transportarbeiter der Metallindustrie!

Heute, Dienstag, den 27., und morgen, Mittwoch, den 28. Mai, haben laut Beschluß der Transportarbeiterversammlung die Transportarbeiter und Transportarbeiterinnen in den Betrieben, die zum Berliner Metallindustrieller gehören, eine Kräftigung auszusuchen. Abstimmen ist über die Frage: Wer für die Durchführung der Lohnbewegung bis zur Arbeitsaufnahme ist, schreibt auf den Stimmzettel „Stimme zu“; wer dagegen ist, schreibt auf den Stimmzettel „Stimme nicht zu“. Die Abstimmung ist von den Funktionären zu leiten, die Stimmzettel sind selbst zu beschaffen. Die Abstimmung ist geheim und die Stimmzettel sind mit einem Bleistift zu versehen, in dem die Anzahl der beigestimmten Stimmzettel anzugeben ist, und mit drei Namensunterchriften versehen, sowie Angabe der Firma, bis Freitag, den 30. Mai, abends 6 Uhr, der Sekretärsitzung, Engelshof 24-25, 2. Tr., Zimmer 26, zu stellen. Deutscher Verkehrsband, Sektion V.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Heute nachmittag 3 Uhr im Generalkassensaal, Saal 3, Funktänzerentree, Mittwoch vormittag in allen Bezirken Bezirksversammlungen stattfinden.

Achtung, Maler und Lackierer! Morgen (Mittwoch) abends 7 1/2 Uhr im Generalkassensaal, Engelshof 24-25 (Saal 1), Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maler und Lackierer. Die Berufslage in der Metallindustrie. — Wie verbessern wir unsere Löhne? Referent Kollege Schlemmer. Die Betriebsräte werden ersucht, die Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Chlorn; Freizeiten: Dr. John Schlawski; Pötelek und Conkings; Kriegskerkel; Auslagen: H. Glöck; Samlich in Berlin; Verlag: Sternzeitung Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Straß 3 Berlin.

Koch & Seeland

bringen die größte Auswahl — billige Preise

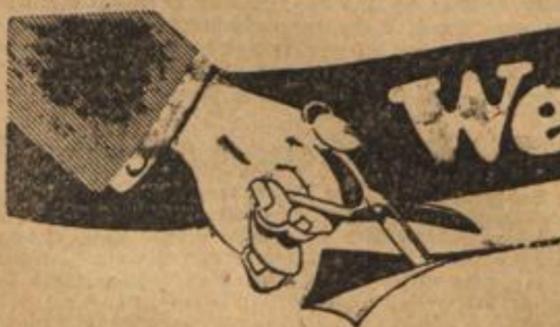
Gabardine „Imprägniert“ 8.— 10.— für Damen- u. Herren-Mäntel Mr.

Manchester-Loden „wasserdicht“ für Sport, Jagd usw. Mr. 6.— 8.—

gegenüber Petrikirche

Sophien-Säle Telephone: Norden 9256

Säle frei! Sophienstr. 18



Wenn Sie klug sind,

geben Sie der

Zigarette den Vorzug, die selbst einem sehr verwöhnten Raucher Genuß bietet, dabei aber Ihre Börse schont.

KLEINE MASSARY 2

Die Welt hinter dem Vorhang.

Vom Chor und Ballett war unlängst an dieser Stelle die Rede, von der wirtschaftlichen Lage jener künstlerischen Kräfte großer Bühnen, um die sich das Publikum meistens wenig kümmert. Gehören sie doch zu den Namenlosen, die der Zettel nicht erwähnt, deren Leistungen die Kritik nicht besonders wertet, so daß die meisten Theaterbesucher die Chormitglieder und die Tänzer, mit Ausnahme vielleicht der Solotänzer und der Prima ballerina für wenig wesentlich halten. Wie irrig diese Ansicht ist, haben wir in dem Artikel „Von Tänzern und Sängern“ in Nr. 212 unseres Blattes dargestellt. Indessen, nimmt das große Publikum schon von diesen Kategorien der Bühnenkünstler wenig Notiz, so hat es vollends meistens gar keine Kenntnis von der Tätigkeit der

Bühnenarbeiter.

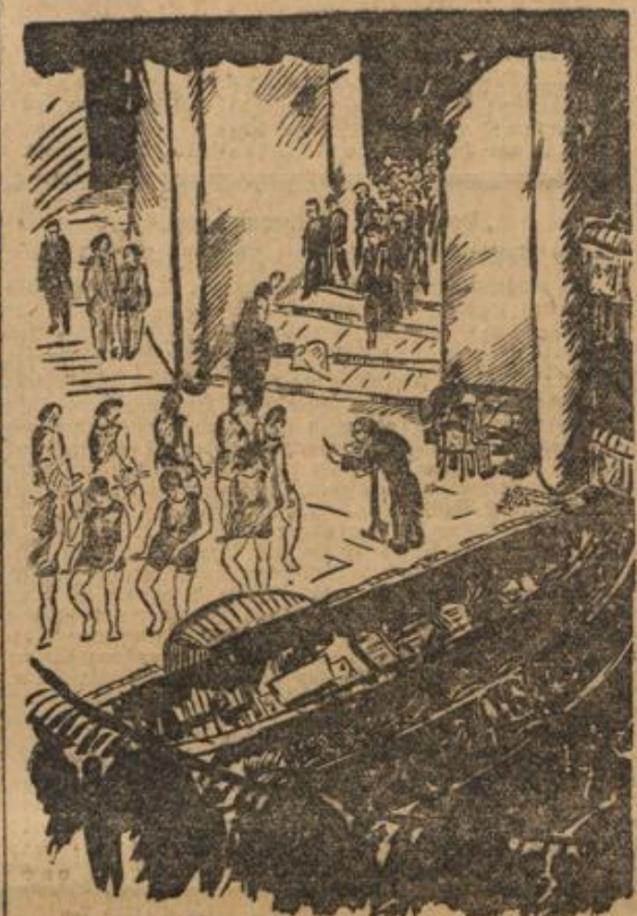
Dabei sind diese Hilfskräfte der Bühne, mit einer gewissen Uebertreibung ausgedrückt, wichtiger als die Schauspieler. Das zeigte sich beim Schauspielersstreik vor ein paar Jahren. Die ganz großen Rollen, die Prominenten, wie man sie damals gelobt hatte, erklärten, ein Streik wäre ihrer unwürdig und passe nicht zu den Traditionen des Künstlers. So beschloßen sie dann allein und auf eigene Faust zu spielen. Aber sie hatten die Rechnung ohne die Theaterarbeiter gemacht, die ebenfalls in den Streik getreten waren. Zur Not konnten die Schauspieler wohl die Kulissen stellen, den Szenenwechsel vornehmen und den Vorhang in Bewegung setzen, niemals aber vermochten sie aus eigenem den Beleuchter zu ersetzen, der eine außerordentlich wichtige Person ist, technische Vorbildung haben muß und für jede moderne Bühne unentbehrlich ist. Die Tätigkeit der Bühnenarbeiter ist aber überhaupt von größter Bedeutung für das Gelingen der ganzen Vorstellung, und man kann sie vielleicht mit den Arbeitern der Bohrhöhle vergleichen, die die Maschine mit Wasser und Kohlen speisen müssen und sie erst auf diese Weise fertig zur Fahrt machen. Der beste und erfahrenste Bohrhöhlführer kann die Maschine nicht in Gang setzen, wenn sie weder Wasser noch Kohlen hat. Der Bühnenarbeiter muß aber auch ein geschickter Mensch sein, denn es ist namentlich bei den Theatern, die keine Drehbühnen besitzen, sehr schwer, schnell die Szenenveränderung zwischen den einzelnen Akten vorzunehmen. Bei der Bedienung der Drehbühne, die es erlaubt, die Szenerie für mehrere Akte aufzubauen, muß außerdem ein Maschinenmeister, müssen technisch vorgebildete Arbeiter vorhanden sein. Diese Drehbühnen haben nämlich manchmal ihre Bauern wie die Primadonnen, und sind im gegebenen Augenblick nicht von der Stelle zu bewegen. Geht es dem Maschinenmeister und seinen Gehilfen nicht, den Mechanismus in Gang zu bringen, müssen die Bühnenarbeiter mit der allgeringsten Beschleunigung, damit das Publikum nicht ungeduldig wird, die Szenerie abmontieren von dem betreffenden Sektor der Drehbühne und auf der Vorderbühne aufbauen. Um durch die Unruhen der Drehbühne nicht in Verlegenheit gesetzt zu werden, hat man vor ein paar Jahren bei ganz großen und modernen eingeweihten Theatern, wie zum Beispiel bei der neuen *Rollepe* und beim *Charlottenburger Opernhaus*, die *Schiebebühne* eingerichtet. Hier können die Szenen für vier Akte aufgebaut werden, die für den einzelnen Akt notwendige Dekoration rollt auf kleinen Gleisen auf die Vorderbühne und verschwindet nach Abschluß auf die Hinterbühne rechts oder links oder geht auf einer Verjüngung in die Tiefe. Für die mannigfachen Verjüngungen, die sonst auf der Bühne und namentlich bei großen Opern eine hervorragende Rolle spielen, ist ebenfalls der Maschinenmeister verantwortlich.

Die Tätigkeit der Bühnenarbeiter ist eine viel umfassendere. Sie haben für Ordnung im Kulissenhaus zu sorgen, ihnen liegt der Transport von Kulissen und Dekorationen nach dem Theater ob, sie haben auf dem sogenannten *Schnürboden* zu tun, sie müssen den Vorhang bedienen, was im übrigen keine leichte Arbeit ist, und eine Reihe anderer Beschäftigungen gehört in ihr Reffort, die alle hier aufzuzählen zu weit führen würde.

Die Statisterei.

Aber auch die Statisterei sind unentbehrlich für das Gelingen einer Vorstellung und die Vollendung der Aufführung. Wo Massenfiguren, wie namentlich in den Klassikern, vorgeführt werden, da greift man zum Hilfsmittel der Statisterei, da natürlich kein Theater, auch nicht das größte, über die notwendige Anzahl von Schauspielern

verfügt, um die Bühne bei Massenfiguren mit genügend Menschen zu füllen. Mangel an Statisten besteht niemals. Für jede Vorstellung melden sich bedeutend mehr als gebraucht werden. Der Inspektor oder der Regisseur sucht mit schnellem und erfahreinem Blick die Brauchbaren aus der Masse der sich Meldenden heraus und die anderen müssen mit enttäuschten Miemen abziehen. Die Ausgewählten werden kostümiert und geschminkt und „treiben auf“, ihren Bewegungen geleitet von dem Inspektor hinter den Kulissen, sowie von Chorführern, die wirkliche Schauspieler sind und sich während der Vorstellung unter ihnen befinden. Die ersten, wirklich genial geleiteten Massenfiguren von Statisten brachte uns *Reinhardt*, als er im *Zirkus* die alten griechischen Tragödien neu belebte. Der Andrang zur Statisterei erklärt sich aus der großen Vorliebe namentlich jüngerer Menschen für den eigenartigen Zauber der Bühne und das Geheimnisvolle hinter den Kulissen. Der be-



kannte holländische Schriftsteller *Heijermans* hat vor mehreren Jahren, um genaue Studien zu machen, wiederholt als Statist im Deutschen Theater mitgewirkt und seine Erlebnisse und Erfahrungen dann sehr amüsant geschildert. Aber außer Neugierde zwingt viele die Not, sich als Statisten zu verdingen. Seit jeder haben arme Studenten auf diese Weise ihr Taschengeld zu verquälthändigen versucht; leider ein Versuch mit recht unangenehmen Mitteln, da diese Tätigkeit außerordentlich schlecht bezahlt wird.

Bühnenarbeiter und Statisten füllen aber die große Welt unter den Kulissen nicht allein aus. Da ist die *Saufkufe* zu nennen, von der der Zuschauer nichts sieht, nur manchmal hört und mehr als ihm lieb ist. Da sind die verschiedensten *Handwerker*, *Tischler*, *Maler* und *andere*, die ständig gebraucht werden. Da sind *Schneiderinnen*

für die Instandhaltung der Kostüme, *Frisure* und *Frisuren*, *Garde-robenfrauen* für die Künstlerinnen und viele andere Hilfskräfte mehr.

Ebenso wie der Zuschauer immer nur einen kleinen Ausschnitt von der Bühne erblickt, weiß er auch nichts von der großen Welt hinter den Kulissen, von den mancherlei Kämpfen, die da vor sich gehen, von den sozialen Nöten und Sorgen dieser Menschen, die angestrengte Arbeit leisten, von denen die vollste und angestrengteste Aufmerksamkeit verlangt wird und die sich doch mit nur geringer Bezahlung bescheiden müssen. Allen Phantasien und Schwärmern sei gesagt, die Welt hinter den Kulissen kennt keine Geheimnisse, von denen jene träumen. Sie kennt nur Arbeit, Verantwortlichkeit und Kampf um das tägliche tägliche Brot.

Die Berliner Schulbewegung.

Mit aller Kraft hat nach der Revolution, wie vor ihr, in Berlin die Schulreaktion, in den letzten Jahren unter Führung eines Demokraten, des Stadtverordneten *Werten*, zu verhindern gesucht, daß im Berliner Schulwesen „die Dinge bewegt“ werden. Ganz ist es nicht gelungen, haben wir doch jetzt in Berlin eine Schulbewegung von beachtlicher Stärke. 35 weltliche Schulen, darunter zehn Lebensgemeinschaftsschulen, sind in den letzten Jahren entstanden, in Neukölln, *Wlkershof*, *Oberschönweide*, *Reinholdsdorf*, *Spandau*, *Lichtenberg*, *Niederschönhausen*, *Weißensee*, *Bezirk Tiergarten*, *Bezirk Wedding*. Daneben bestehen in den meisten Verwaltungsbezirken Elternorganisationen, *Freie Schulgemeinden*, *Arbeitsgemeinschaften von Elternbeiräten* als Träger der Idee der neuen Schule. Auch die höheren Schulen sind in diesen Kreis mit einbezogen. Es sei hingewiesen auf die *Lufbauerschule* in *Neukölln*, die *Scharfberg-Schule* und (für Mädchen) die erste *Städtische Studienanstalt*. Auch auf dem Gebiete der Berufsschule regt es sich. Es stehen Kräfte bereit, die an der Auswirkung jeder noch gehindert werden durch eine enghirnige Interessenpolitik, die ängstlich das Berufsschulwesen vom übrigen Schulwesen trennt. Werden die schon vorhandenen Kräfte entbunden, so wird gerade vom Berufsschulwesen eine mächtige Förderung des Gedankens der neuen Schule und der neuen Erziehung ausgehen. Nicht unerwähnt darf die von Berlin ausgehende Bewegung der entschiedenen *Schulreformer* bleiben, die die gesamten Schul- und Erziehungsfragen in ihren Bereich zieht, und sich weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Beachtung und Bedeutung errangen hat.

Vor der Revolution hatten wir in Berlin nichts, was man als Schulbewegung bezeichnen könnte. Die Reformveranstaltungen des *Städtischen Föder* zeigten ebensowenig davon, wie einige moderne Schulhäuser und Schulleistungen, die als „*Musterschulen*“ Ausländern gezeigt wurden und Berlin wohl auch in den Ruf brachten, vorzügliche Schulen zu besitzen. Von neuem Geist war schon im Berliner Schulwesen längst nichts zu spüren. Die Masse des Volkes hatte und nahm keinen Anteil an der Gestaltung der Schule. Da, wo sich neues in den Schulen regte (es war recht wenig), wurde es von städtischen und staatlichen Behörden auf Schritt und Tritt gehemmt. *Seinig* und *Berthold Otto* wiffen ein Lied davon und von mancherlei Unterfütterung zu singen, trotz segensreichen Einflusses ihrer Arbeit.

Berlin ist eine Stadt ohne Tradition. Die *Hamburger* sind da in günstigerer Lage. In Hamburg war seit mehr als einem Jahrzehnt eine *Lehrerschaft* mit schulpolitisch und pädagogisch-fortschrittlicher Tradition an der Arbeit, die Gedanken der neuen Schule herauszuarbeiten und zu klären. Es war ein Stamm von Lehrern da, die auch die Verbindung hielt mit den Massen der aufstrebenden werktätigen Bevölkerung. So konnten sie, vermöge ihrer Vorearbeit, in der Revolution gleich zur Tat schreiten. Anders in Berlin. Die große Masse der *Lehrerschaft*, erzogen durch den *Obriktelstanz*, erwies sich nicht als die „*Sturmtruppe* der freibewilligen *Lehrerbewegung*“, für die man sie wohl gehalten hatte. Mit Abneigung, zum Teil mit sonatischer *Gegnerlichkeit*, stand sie und steht sie zum Teil noch heute sowohl allgemeinpolitisch wie schulpolitisch dem Neuen gegenüber. Erst unter dem wachsenden Druck der Reaktion beginnt sehr spät eine *Wandlung*. Hinzu kommt, daß in dem großen Berlin mit einem Entfernungen der *Zusammenhalt* lockerer ist. Die wenigen, die pädagogisch neue Wege gingen (*Boen*, *Werb* u. a.), finden nicht allzuviel Unterstützung. Der großen Masse der *Lehrerschaft* sind sie kaum dem Namen nach bekannt. So ist es kein Wunder, daß sich in Berlin die Schulbewegung nicht nur gegen Behörden und politische Reaktion, sondern auch gegen die Masse der *Lehrerschaft* durchsetzen muß. Diese Lage ist für die Beurteilung dessen, was an Schulbewegung heute in Berlin vorhanden ist, von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnankoski.

Reskitalo begriff, daß etwas geschehen war und daß sich etwas noch entwickelte. Doch tröstete es ihn, daß Hanna dabei war.

In demselben Augenblick kam die alte Frau unruhig herein. Reskitalo winkte sie zu sich und wies nach dem Ufer hinunter.

Sie sahen Lutela und Hanna zusammen langsam heraufkommen, blickten sich an und seufzten schwer. — Jetzt naht das Letzte!

Die Kommanden blieben stehen, Lutela schien Hanna zuzunicken — dann trennten sie sich. Das Mädchen lief in die Küche, Lutela aber sah man in Gedanken auf das *Gefindehaus* zugehen.

Hanna war so blaß, daß sie sie nur durch ihre Blicke zu fragen wagten. Das Mädchen antwortete ebenso, ruhig und sicher: wartet!

Reskitalo aber blickte immer noch unruhig durch das Fenster auf den Hof.

Schließlich sah er Lutela kommen. Er fühlte es so in seiner Brust würgen, daß er kaum Atem holen konnte. Er begann inbrünstig zu beten.

Lutela kam langsam, so, wie er vom Ufer heraufgeschritten war: Stiefel und Kleider naß. Er sah nicht nach rechts und nicht nach links, als er durch die Küche ging.

Zur Kammertür hereingetreten, blieb er einen Augenblick stehen und nahm die Mütze ab. Die anderen, die leise hinter ihm herkamen, sahen die Bewegung in seinen Zügen.

Dann aber trat er mit sicheren, langsamen Schritten an das Bett, in dem der kleine Knabe lag. Er blieb daneben stehen und schaute das Kind eine Weile aufmerksam an — es schien, als ginge ein stilles Beben durch ihn hindurch.

Aber sofort danach zeigte sich, auf seinem Gesicht etwas wie ein Lächeln — er erhob die Rechte und beschrieb langsam ein großes, kräftiges Kreuz über der Brust des Kindes.

Er wußte nicht, ob man es so mit den Kindern machte, aber er hatte in dieser Weise Tote segnen sehen und wollte jetzt den Kleinen segnen, so gut er es verstand.

Die junge Frau, die beim Kopfende des Bettes saß, hatte Tränen in den Augen. Sie hob schein den Kopf und blickte nach Lutela hin — wie um Verzeihung bittend. Er bemerkte

es, blickte zurück und nickte gleichsam. Alles in einem kurzen Augenblick — weiter sahen sie sich nicht an.

Der an der Tür stehende Reskitalo hatte die Hände fest gefaßt, und Tränen rollten über seine mageren Wangen. Er wäre gern zu Lutela gegangen, wäre ihm um den Hals gefallen und hätte gesagt: du hast Böses mit Gutem vergolten — vergib nun auch uns noch! Aber er vermochte sich nicht von der Stelle zu rühren.

Lutela sprach nichts. Er konnte auch nicht länger drin bleiben, sondern ging, wie er gekommen war.

Auch die anderen wechselten kein Wort miteinander. Reskitalo war auf den Stuhl am Fenster gesunken und lehnte zusammengesunken am Fensterbrett. Er fühlte, daß er keinen Tropfen mehr hätte hergeben können, wäre ihm diese Last jetzt nicht von den Schultern gesunken.

Aber es war ihm zugleich, als ob er verblutet sei — so fühlte er.

18.

Zwei Tage später fuhr Lutela langsam vom Kirchdorf nach Hause.

Er hustete, und seinen Körper schüttelte ein heftiges Fieber, das in kalten Schauern vom Kopf nach den Füßen zog. Doch seine Augen strahlten wie in früheren Tagen.

Dieses Strahlen hatte sich in dem Augenblick entzündet, als er das Kind segnete. Ein großer *Sonntagsfrieden* hatte sich in seine Seele herabgelassen und war nicht mehr ins Wanken geraten. Nach dem, was an dem Tage geschehen war, fühlte er, daß er reif war und sicher und schnell dem großen, endgültigen *Frieden* entgegenschritt.

Aber er fühlte daneben, daß er noch eins zu tun hatte. Wie wenn er, durch das Leben geführt, zugleich ein Werkzeug zur Schulung der anderen in der Hand des Lebens gewesen wäre.

„Freilich, Reskitalo“ — dachte er — „du hast ja gelitten, das weiß ich wohl. Aber was macht das, da dein unrechter Wunsch doch in Erfüllung zu gehen scheint.“

Es war ihm, als müsse er Reskitalo geradezu zu Hilfe eilen.

„Sieh mal, Reskitalo“ — dachte er wieder — „dies ist nun unser Nachsinnen! Mir ist genommen worden, wonach ich unrechtmäßig getrachtet habe. So muß auch dir der Gegenstand deines Trachtens genommen werden. Erst dann wirst auch du den Frieden finden — weiter brauchst du jetzt nichts mehr.“

Lutela kehrte gewissermaßen vom Arzt zurück.

Die anderen, vor allem Hanna, hatten ihn gedrängt, wegen seiner heftigen Erkältung Hilfe zu suchen. Er war gegangen.

Nicht seinetwegen, denn er fühlte, daß ihn das Leben fast vollständig gesund gemacht hatte, es fehlte kaum noch etwas. Und hier hatten äußere Arzneien keine Bedeutung, das fühlte er auch. Wegen der anderen hatte er sich jedoch in der Apotheke seine Flasche mit etwas füllen lassen.

Aber Arznei wollte er wirklich von dieser Fahrt mitbringen — für die anderen.

Die Arznei hatte er jetzt in der Tasche. Er war ihrer Wirkung sicher. Und als er nun langsam den einsamen Waldweg dahinfuhr, wiederholte er in seiner Erinnerung noch einmal, aus welchen Stoffen sie zubereitet war.

„Ich tue als meinen letzten Willen kund, daß der mir gehörige Gutshof Hovi nach meinem Tode an meine Ehefrau *Wanta* *Kustaa*s Tochter *Lutela* und an unser einziges Kind *Kustaa* *Juhas* Sohn fallen soll, und zwar nach dem Befehl zu gleichen Teilen.“

Das ist recht und billig — dachte er —, denn der Reskitalo-Hof ist genau für ihre Schulden daraufgegangen, so daß sie hier nichts zu beanspruchen haben. Du, *Kustaa* Reskitalo, gedachtest für deine Familie aus fremdem Eigentum erben zu können. Nun ist von der Straße ein fremder Erbe gekommen, der alles an sich reiht — damit du verstehst, wie empfindlich uns das Leben in die Schule nimmt.

„Da aber das Erbeil unseres Sohnes, wenn es in einem großen Gutshof angelegt wäre, von dessen zukünftiger Bewirtschaftung niemand etwas weiß, vor seinem Mündigwerden sich verringern oder verlorengelassen könnte, bestimme ich, seit Vater, daß das Gut nach meinem Tode sofort in Geld verwandelt und des Kindes Anteil auf der Bank niedergelegt werde, wovon ihm die laufenden Zinsen ein sorgenloses Auskommen gestatten werden.“

Das kann dir hart erscheinen, Reskitalo — dachte er wieder. Aber so muß es geschehen; wonach man unrechtmäßig die Hand ausgestreckt hat, davon muß das Herz losgerissen werden. Und ich weiß, daß ihr alle gern nach *Taanstland* zurückkehren möchtet; wider euren Willen seid ihr hierhergekommen. Jetzt könnt ihr gehen, und niemand hat etwas zu sagen, denn auf dem Papier steht, als das letzte Wort des Sterbenden, daß er mein Sohn ist. (Fortsetzung folgt.)

War in Hamburg schon ein bestimmter Kreis von Lehrern seit einem Jahrzehnt als Träger neuer Schulideen beisammen, so mußten sich in Berlin die Kräfte erst zusammenfinden. Es geschah im Zeichen des Kampfes um die weltliche Schule. Daneben war in Berlin, lange bevor die russischen Schritten (Bionfi) und die russischen Schulversuche in Deutschland bekannt waren, der Gedanke der Produktionsschule verarbeitet und propagiert worden.

Die Bewegung brach zunächst etwas wild los und führte zur Gründung von Sammelschulen für vom Religionsunterricht befreite Kinder, kam dann aber bald in geordnete Bahnen, woran einen hervorragenden Anteil sozialdemokratische Elternbeiräte und Lehrer haben. Als Paulsen, ein bekannter Vorkämpfer der deutschen Volksschullehrer, der Organisator der Hamburger Gemeinschaftsschulen, als Oberstadtschulrat nach Berlin berufen wurde, bestanden bereits in den Außenbezirken über ein Dutzend weltliche Schulen. Die Bewegung erhielt nun einen starken Impuls durch die Auseinandersetzungen über den Aufruf Paulsens betreffend die Gemeinschaftsschule, jetzt amtlich „Lebensgemeinschaftsschule“ genannt. Es kommt ein Neues in die Bewegung, das aber hier im einzelnen in seiner Wirkung nicht darzustellen ist. Paulsen wirkte für die neue Schule standen von Anfang die größten Schwierigkeiten entgegen, war doch zur Zeit seines Amtsantritts das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus sozialistischen Gründen in die der Deutschen Volkspartei übergegangen. Als auch noch die Stadtverordnetenversammlung eine bürgerliche Mehrheit erhielt, wurden die Widerstände, im besonderen dank der gehässigen Begünstigung eines Werten, noch größer. Paulsen hat in langen Verhandlungen versucht, dem Neuen bessere Existenzbedingungen zu schaffen. Die Bewegung ist im Vertrauen auf die eigene Stärke weitergegangen und gewachsen, so daß Paulsen anfänglich der „Radikulturbewegung“ in der Stadtverordnetenversammlung auf Angriffe hin mit Recht sagen konnte: „Das sind nicht meine Schulen“ und: „Auf jeden Fall will ich betonen, daß nicht ich es bin, der als Initiator durch Groß-Berlin geht...“ „Wo sich Menschen finden, um diese neue Schule zu bauen und zu gestalten, soll man ihnen Raum geben.“

Die neuen Schulen (weltliche, wie Lebensgemeinschaftsschulen) lehnen es ab, Partei- oder Weltanschauungsschulen zu sein, wozu die Gegner sie gern stampfen möchten. Aber sie sind Kampfschulen, müssen sie doch jeden Schritt vorwärts erkämpfen. Sie sind im Kampf geboren und müssen im Kampf ihr Dasein verteidigen. Das Vertrauen der Elternschaft und die auch Gegner und Behörden zur Achtung zwinde gemeinsame Arbeit von Eltern und Lehrern sind ihre sicherste Grundlage. So sehr Schulaufsichtsbehörde und Gegner immer wieder betonen, die „Sammelschulen“ seien absolut nichts Neues, nur Schulen ohne Religionsunterricht, so muß doch der, der objektiv ihre Arbeit würdigt, anerkennen, daß sie pädagogisch trotz schwieriger Verhältnisse ihren Mann stehen. Sie heben den „christlichen“ Schulen wie ein Pfahl im Fleisch und treiben diese voran. Berichten doch übereinstimmend alle Elternbeiräte aus den Bezirken, in denen weltliche Schulen sind, von einem Bemühen der „christlichen“ Schulen, es den weltlichen gleichzutun bezüglich pädagogischer Reform, Befestigungen, Wanderungen, Schulveranstaltungen usw. Das ist immerhin eine erfreuliche Wirkung der so verurteilten „Weltlichen“, kann aber nur teilweise gelingen, weil die Voraussetzungen innerlich und äußerlich fehlen. Man muß die hingebende Arbeit der Lehrer weit über ihre Dienststunden hinaus, die opferwillige Mitarbeit der Eltern, die über die eigentliche Schularbeit hinausgehende soziale Fürsorgertätigkeit und Kulturarbeit, die hier geleistet wird, kennen, um zu begreifen, daß hier in diesen Schulen Kulturzentren werden. In der Arbeit und im Ringen um die Verwirklichung des neuen Erziehungszieles gibt es auch wohl keine „Krisen“ in den Schulen, die notwendig und nicht zu vermeiden sind, mögen auch die Gegner versuchen, daraus für sich Kapital zu schlagen. Das gilt von einem „Rektorenkonflikt“, der sich nicht ereignen würde bei Einführung der kollegialen Schulleitung, wie sie Paulsen vertritt. Trotz mancher Schwierigkeiten wächst die Bewegung und ist zurzeit in der Konsolidierung.

Nun soll Paulsen abgebaut werden! Die Reaktion glaubt damit einen Schlag gegen die Schulbewegung führen zu können. Sie wird eine Enttäuschung erleben. Die Schulbewegung in Berlin ist gewachsen trotz aller Hemmungen, sie wird weiter wachsen, weil sie in Übereinstimmung steht mit dem gesellschaftlichen Werden. Sie stützt sich auf die Träger dieses neuen Werdens. Seit Jahr und Tag wird gegen die neue Schule und gegen Paulsen eine wüste Heiße geführt. Lüge, Verleumdung, Entstellung, Infamie und Intriguen, von jeder die vornehmsten Waffen der Reaktion, werden angewandt. Doch es wird nicht den Endstadium aufhalten. Schon hat die arbeitende Bevölkerung mehr und mehr begriffen, daß dieser Schulkampf ihr Kampf ist. Je mehr diese Erkenntnis wächst, desto sicherer der Sieg!

Ein neuer Mord!

„Ist der alte Jakob noch nicht tot?“

Ein unaufgeklärter Todesfall beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. In dem Hause Lange Str. 105 wohnt zu ebener Erde in einem Hinterzimmer, das zu der Schankwirtschaft von Schwarz gehört, seit langer Zeit ein jetzt 64 Jahre alter Pensionär Emil Jakob, der früher Kostejan im Polizeidienstgebäude in der Magazinstraße und seitdem als Logenführer im Zirkus Busch beschäftigt war.

Als in der Nacht zum Montag gegen 1 Uhr mehrere Stammgäste der Wirtschaft auftraten, fanden sie Jakob, der im allgemeinen nicht trank, aber noch gern junge Mädchen sah, anscheinend sinnlos betrunken, auf dem Hausflur liegen. Er redete nur noch unzusammenhängende Worte, bei ihm standen ein junger Mann und ein junges Mädchen. Diese fragten, ob Emil Jakob im Hause wohne, einer der Gäste, ein Hausgenosse Jakobs, besahnte das. Während sie sich nun um den Daliegenden bemühten, waren die beiden jungen Leute plötzlich verschwunden. Die Gäste fanden neben Jakob eine leere Brieftasche und sahen, daß ihm die Uhrkette ohne Uhr los auf der Weste hing. Sie brachten den Mann in sein Zimmer, legten ihn auf das Bett und gingen wieder weg, weil sie annahmen, daß er seinen Raufsch wohl ausschlagen werde. Gestern morgen um 9 Uhr sah sich Frau Schwarz nach ihrem Mieter um und fand ihn tot auf dem Bett liegen. Ein Arzt, der alsbald hinzugezogen wurde, konnte die Todesursache nicht feststellen. Da man mit der Möglichkeit eines Verbrechens rechnete, so wurde auch die Kriminalpolizei benachrichtigt. Kriminalkommissar Dr. Berndorff begab sich mit mehreren Beamten nach dem Hause, um den Befund aufzunehmen. Die Leiche wurde dann nach dem Schauhaufe gebracht, wo sie zur Feststellung der Todesursache obduziert werden wird. Die bisherigen Ermittlungen lassen noch nicht erkennen, ob ein gewaltsamer oder ein natürlicher Tod vorliegt. Der junge Mann und das Mädchen sind noch nicht ermittelt. Man weiß daher auch nicht, wo Jakob in der Nacht zuletzt gewesen ist. Wie, die über seinen Umgang in der letzten Zeit Mitteilungen machen können, werden ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Dr. Berndorff im Zimmer 51a des Polizeipräsidiums zu melden. Erwähnt sei noch, daß vor einigen Tagen durch den Fernsprecher im Zirkus Busch angefragt wurde, ob der alte Jakob noch nicht tot sei. Was es damit für eine Bewandnis hat, bedarf auch noch der Klärung.

Die gute Gelegenheit.

Eindreicher machten am letzten Sonntag reiche Beute in der Vorkrüger Straße. Hier war ein Familienmitglied eines Kaufmannes Schäfer gestorben. Als Schäfer Sonntag nachmittag zur Beerdigung, deren Zeit er in der Zeitung bekanntgemacht hatte, nach dem Friedhof ging, fielen ihm zwei junge Burschen auf, die gegenüber dem Hause auf- und abgingen und ständig nach seiner Wohnung hinausschaute. Diese verdächtige Beobachtung veranlaßte ihn, eine Nachbarin zu bitten, bis zu seiner Rückkehr in seiner Wohnung zu bleiben. Bald darauf wurde durch den Fernsprecher nach Herrn Schäfer gefragt. Die Frau gab die Auskunft, daß er bald wiederkommen werde.

Diese Anfrage wiederholte sich alle Merksstunden fünf- bis sechsmal. Die Burschen waren unterdessen verschwunden. Jetzt kam ein Bettler, der abgemessen wurde. Als die Leidtragenden und die Hausgenossen vom Friedhof zurückkehrten, berichtete die Frau über die Vorgänge. Gleich darauf stellte der Kaufmann Jakobsohn, der eine Treppe höher wohnt, fest, daß die Einbrecher während der Beerdigung bei ihm in die unbeaufsichtigte Wohnung eingebrochen waren und für 8000 Goldmark Silberfachen gestohlen hatten. Der Bettler hat ohne Zweifel die gute Gelegenheit zum Diebstahl ausgenutzt. Die Anfragen durch den Fernsprecher sind wohl von einer Schantwirtschaft ausgegangen, weil die Frau Grammophonmusik hörte. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

Frauen heraus!

Auf zur Protest- Versammlung!
Segen das Urteil im Prozeß Heiser!
Segen den § 218 des Strafgesetzbuches!

heute, Dienstag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr
in den „Germaniasälen“, Chausseestraße 110

Referenten: Frau Dr. Wegscheider-Siegler, M. d. L.
(Sachverständige im Prozeß Heiser), Frau Dr. Käthe
Frankenthal (Vertzin), Frau Clara Böhm-Schuch,
M. d. R. und Herr Dr. Kurt Rosenfeld, Rechtsanwalt

„Das kleine Wohnungsamt.“

Die Wohnungshiebungen des Stadtschreibers Leder.

Die vielbesprochenen Wohnungshiebungen, die dem Stadtschreiber Leder bei dem Wohnungsamt IIA in Wilmersdorf zur Last gelegt wurden und zu dessen Verhaftung im April v. J. führten, kamen gestern vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg zur gerichtlichen Aburteilung. Großes Aufsehen erregte damals die Strafanzeige, die der Bankdirektor Wolpe gegen den in einflussreicher Stellung beim Wohnungsamt tätigen Stadtschreiber Leder bei der Staatsanwaltschaft III erstattete. Im Mai 1921 hatte Bankdirektor Wolpe auf Grund eines ordnungsmäßigen Wohnungsaustausches eine größere Wohnung in der Westfälischen Straße in Wilmersdorf bezogen. Die in Frage kommenden Wohnungsämter hatten den Wohnungsaustausch gebilligt und Wolpe befand sich ein Jahr lang in ungehörter Besitz seiner Wohnung, als das Wohnungsamt Wilmersdorf plötzlich nachträglich Schwierigkeiten machte. Wolpe behauptete in seiner Strafanzeige, Leder habe von ihm durch Mittelspersonen größere Summen verlangt, unter der Androhung, daß er sonst seine Wohnung verlieren würde. Auch soll nach einer Besprechung Wolpes mit dem Bürgermeister Dr. Augustin und dem Stadtrat Dr. Simm, der Stadtschreiber Leder ihm beim Verlassen der Sitzung nachgeheult und Andeutungen gemacht haben, daß, wenn Wolpe 20 Millionen für Wohlfahrtszwecke opfern würde, die Sache wohl beigelegt werden könne. Nachdem Wolpe zwangsweise aus seiner Wohnung herausgeführt worden war, erstattete er Strafanzeige gegen Leder, der verhaftet wurde. Die Ermittlungen führten zu keinem greifbaren Ergebnis, so daß das Verfahren mangels hinreichender Beweise eines Bestechungsversuches eingestellt werden mußte. Leder wurde dann auch nach einigen Monaten auf Antrag von Rechtsanwalt Bahn aus der Untersuchungshaft entlassen.

Nach dem Fall Wolpe ließ aber das Wilmersdorfer Wohnungsamt in aller Stille die Tätigkeit Leders beobachten, und es wurden fünf andere Fälle zusammengetragen, die den Gegenstand der gestrigen Anklage wegen Bestechung bildeten. Leder bewohnte eine luxuriös eingerichtete Wohnung, in die er häufig einen größeren Freundeskreis zu Weinabenden einlud. Es war auch aufgefunden, daß der Stadtschreiber weit über seine Verhältnisse lebte und häufiger Besucher von Bars und anderen lustspieligen Vergnügungsorten war. Im Volksmund hieß es, daß man bei der Abteilung Leder alles erreichen könne, und diese Abteilung führte den bezeichnenden Namen „das kleine Wohnungsamt“. Der erste der unter Anklage stehenden Fälle betraf die Wohnungszuweisung an einen Herrn Müller, der nach ihm in ein Restaurant eingeladen und ihm eine Brieftasche, angeblich ohne Inhalt, und eine Kiste Zigarren als „Grafifikation“ gegeben hatte. Die Inhaberin eines Modeschäfts, Frau Balau, erhielt statt einer kleinen Zweizimmerwohnung durch Leder eine große zugewiesen. Nach Erledigung des Wohnungsgeschäfts kaufte die Ehefrau des Angeklagten in dem Geschäft der Frau Balau einen Klubstiel. Nach Einleitung des Verfahrens gegen Leder wurde die Rechnung auf eine Frau Fregwald umgeschrieben. Ähnlich lag ein Fall Wiedemeyer. Nach Erledigung der Wohnungszuweisung hatte der Angeklagte von Frau W. einen Teppich für 40000 M. gekauft. Es soll dann aber dieser Betrag später in zwei Raten bezahlt worden sein. In einem weiteren Falle hatte Leder ein Darlehen von 2000 M. erhalten und schließlich hatte in dem fünften Falle der mit einer Wohnung Bedachte dem Sohne des Angeklagten unentgeltlich Klavierunterricht erteilt. Die Rechtsanwältin Bahn, Wolf und Kameke bestritten, daß Leder die Zuwendungen für seine amtliche Tätigkeit erhalten hätte. Zur Entschuldigend für Leder machten sie geltend, daß er sehr überlastet gewesen sei und daß ihm die genügende Vorbildung für seine einflussreiche Tätigkeit als Stadtschreiber beim Magistrat gefehlt habe.

Das Gericht hielt den Angeklagten in den Fällen Müller, Balau und Wiedemeyer der Bestechung schuldig. Wenn auch die von der Verteidigung vorgebrachten Milderungsgründe berücksichtigt werden könnten, so mußte doch gegen derartige Verfehlungen streng vorgegangen werden, damit das Beamtenamt rein gehalten werde. Das Urteil lautete gegen Stadtschreiber Leder auf sechs Monate Gefängnis. Jedoch nahm das Gericht davon Abstand, dem Angeklagten auch die Fähigkeit zur Bekleidung von Ämtern, wie es der Staatsanwalt beantragt hatte, abzuspreden.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 27. Mai.
Tageszeitung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichten. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12:15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12:55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1:05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2:15 Uhr: Börsenbericht.

4:30-6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Schontok: „Der schöne Brief“. 7:30 Uhr: Vortrag des Herrn Sanitätsrats Dr. Frank: „Heiserkeit“. 8:30 Uhr: 1. Largo, von Haydn (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. a) Du bist ein Kind, b) Schäfers Sonntaglied, c) Liebesfeier, von Weingartner (Kammersänger Eugen Transky). 3. Adagio und Allegro aus der Sonate für Cello und Klavier, A-dur, von Beethoven (Karl Dechert, Mitglied des Orchesters der Staatsoper). 4. a) Glöckchenarie, aus „Lakmé“, von Delibes. 2) Bimba bimbetta, von Sibella (Pia Ravenna). 5. Krönungsmarsch aus der Oper „Der Prophet“, von Meyerbeer (Fritz Wenneis auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 6. Arie aus der Oper „Die Afrikanerin“, von Meyerbeer (Kammersänger Eugen Transky). 7. Adagio aus dem Cellokonzert, von Haydn (Karl Dechert, Mitglied des Orchesters der Staatsoper). 8. Duett aus „Lucia di Lammermoor“, von Donizetti (Pia Ravenna und Eugen Transky). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

Der „Stromzeuger U“.

Ein Triebapparat.

Am Sonnabendnachmittag fand um 3 Uhr ein Vorkonferenz in der Wohnung des Zeugen Noa statt. Der Zeuge hatte in seiner Wohnung an Hand einer Abzählung einer Patentanmeldung des Unruhischen Apparates ein Modell aufgestellt, an dem er die Wirkungen des Unruhischen Apparates mit Hilfe eines Leids hervorrief. Der Trieb bestand darin, daß er von der elektrischen Ableitung vor dem Batterien des Zählers eine geheime Leitung abgezweigt und diese dann mit dem Apparat verbunden hatte. Die Angeklagten Unruh und Kohler erklärten auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Ball sofort nach Betreten des Raumes, daß sie in einem dritten Draht die geheime Zuleitung erkennen. Der Zeuge mußte zugeben, daß in diesem dritten Draht die geheime Zuleitung enthalten sei. Der Sachverständige, Geh. Rat Schmidt, betonte jedoch auf Befragen des Vorsitzenden, daß die von Noa getroffene Vorrichtung geeignet sei, Voren zu täuschen, und daß man es hier mit einem Trick zu tun habe, der Sachverständige irreführen könne. Demgegenüber wiesen die Angeklagten darauf hin, daß die Untersuchung an ihrem Apparat ergeben habe, daß eine Zuleitung irgendwelcher Art nicht vorhanden sei, und dies schon daraus herorgehe, daß der Apparat gerade zur Zeit des Nichtstreichs im Kapp-Putsch funktioniert habe.

Am 11. Mai das Leben genommen. Die 21 Jahre alte Frau Elly Orlovski wurde in ihrer Wohnung im Hauje Kuglerstr. 82, in der mit Gas angefüllter Küche neben dem Herd liegend, tot von ihrem Mann aufgefunden. Sie hatte sich mit Gas vergiftet. Der unglücklichen Frau waren 11 M. verloren gegangen, so daß sie glaubte, mit ihrer Familie hungern zu müssen.

Im Cunaport tritt von heute ab abendtäglich der Kritik Ernst Veinert in seiner satirischen Satire „Der Generalabrechnung“ auf.

Sturms Kurbuch, Sommerfahrplan 1924, erscheint heute. Neben der Ausgabe für's Reich bringt der praktische und beliebte „Sturm“ Zeitungsabgaben, so für unter Vertriebsgebiet den „Sturm“ Mitteldeutschland, Deutschlands Telegramm- und Post-Kurbuch der Schnellzüge, im gleichen Verlag erscheinend, sind alsbald am Kurzbücher für den Reiseverkehr ins Ausland von belien internationalen Ruf. „Sturm“, „Hendel“ und „Wald“ sind in allen Buchhandlungen, Kiosken und an den Bahnhöfen käuflich.

Nach ein schweres Autounfall am Sonntag. Auf der Straße zwischen Wangen und Starnberg in Oberbayern ereignete sich am Sonntag ein schweres Automobilunglück. Als der von Lord Cozens-Hardy gesteuerte Wagen einem entgegenkommenden Automobil an einer scharfen Kurve ausweichen wollte, geriet er infolge scharfen Bremsens ins Schlingern, überschlug sich und begrub den Lord unter sich. Während dieser sofort tot war, erlitten die anderen Insassen leichte Verletzungen.

Eine furchtbare Viehplage wütet an der deutsch-holländischen Grenze seit etwa 14 Tagen. In Holland sollen bereits über 1000 Tiere an der Seuche eingegangen sein. Die Tiere sind von einer Krankheit befallen, gegen die alle Mittel bisher zu keinem Erfolge geführt haben.

Der Breslauer Rundfunksender der Schlesischen Funkrunde N. O. wurde nach den vorangegangenen gut gelungenen Versuchen am Montag seiner Bestimmung übergeben.

Ein belgisches Briefmarkenjubiläum. Aus Anlaß der 75-jährigen Wiederkehr der Ausgabe der ersten belgischen Briefmarke wurde gestern in Brüssel eine Briefmarkenausstellung eröffnet. Die Eröffnungsansprachen hielten Postminister Reujean und der Bürgermeister May. Die Ausstellung bringt wertvolle Sammlungen, unter anderem auch Marken aus Hawaii, Britisch-Guinea, Holland, der Schweiz, Südamerika, der Türkei usw. Einige der ausgestellten Marken stellen einen Wert von 300 Frank dar.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Konferenz sämtlicher Beamtenfunktionäre sowie der Beamtengeverkschaftsfunktionäre der USPD.

am Freitag, den 30. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engelauer 24/25. Tagesordnung: „Sozialistische Kulturaufgaben“. Referent: Albert Horlich. — Jeder Teilnahmeberechtigteste muß erscheinen.

Zentralarbeitsauschuh der sozialdemokratischen Elternbeiräte Berlins.

Mittwoch, den 28. Mai, pünktlich 6 1/2 Uhr, im Jugendsekretariat, Ausgabe der Hochschulnoten und letzte Information. Jeder Kreis muß vertreten sein. Die Kandidatenlisten müssen spätestens am 12. Juni beim Wahlvorstand (nicht beim Schulleiter) eingereicht sein.

17. Kreis Lichtberg. Beamtenarbeitsauschuh: Heute, Dienstag, den 27. d. M., abends 7 Uhr, in der Wilhelmstr. 28, wichtige Besprechungs-Reueaufbau des Beamtenarbeitsauschuhes. Wahl von Gruppenleiter, Wahl der Funktionäre. Als Beisitzerinnen des 17. Kreises sind hiermit eingeladen. Die bisherigen Beisitzerinnen müssen diesmal alle zur Stelle sein.

19. Kreis Wilmersdorf. Bezirksstelle Reinickendorf der Rinderfreunde: Mittwoch, den 28. Mai, 7 Uhr, im Gefängnis des Genossenschafts-Beraters Str. 7 in Reinickendorf-OB, Vortrag des Genossen Dr. Johann über „Wie ergibt sich das Problem der Rinder?“

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Lehrer. Die für heute, Dienstag, im Anlaß vorgenommene Sitzung wird wegen der allgemeinen Funktionärskonferenz am Dienstag, den 3. Juni, vertagt.

Heute, Dienstag, den 27. Mai:

40. Vst. Der Frauenabend fällt aus. — Die Genossinnen werden ersucht, an der Protestversammlung in den Germaniasälen teilzunehmen. Jungfrauenklub. Gruppe Eichen: 8 Uhr Rinderkur: 8 (kurzfristige Entscheidung). Genosse Kempel: Bericht über „Sozialismus und Anarchismus“. — Gruppe Kempel: Berlin: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Kempelhof, Germaniastraße 4-6, Vortrag des Genossen Wiltbauer.

Morgen, Mittwoch, den 28. Mai:

Mitgliederversammlungen und Zahlungen in Groß-Berlin.

1. Vst. Nachmittags 4 Uhr erarbeitete Hauptberichterstattung von Spiegel, Adressbuch 2. aus. Beizahlung der Jugend ermäßigt.
2. Vst. 7 Uhr Versammlung im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24. Neuwahl der Arbeitsauschuhleitung.
3. Vst. 7 1/2 Uhr außerordentlich wichtiger Mitgliederversammlung bei Väter, Schneider Str. 2. Tagesordnung: Geschäftsbericht und Neuwahl der Arbeitsauschuhleitung.
4. Vst. 7 1/2 Uhr in Köhlers Hofstraßen, Licht. 24. Thema: „Der neue Reichstag“. Referent: Genosse Katenstein. Neuwahl der Arbeitsauschuhleitung. Die Beisitzer werden ersucht, 2. Stunde früher.
5. Vst. 7 1/2 Uhr bei Wiltbauer, Germaniastr. 13. Vortrag des Genossen Otto Meyer, M. d. R.: „Der neue Reichstag und die Aufgaben der Partei“. Neuwahl des Arbeitsauschuhes.
6. Vst. 7 1/2 Uhr bei Goldbach, Bismarckstr. 7. Vortrag des Genossen Wiltbauer über „Das Sachverständigenverfahren“.
7. Vst. 7 1/2 Uhr Arbeitsgemeinschaft im Gefängnis, Bismarckstr. 63. Vortrag des Genossen Bürgermeister Karl Leib, M. d. R.
8. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
9. Vst. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Wilmersdorf, 12. Tagesordnung: Neuwahl der Arbeitsauschuhleitung.
10. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Sozialismus und Anarchismus“. Neuwahl des Arbeitsauschuhes.
11. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Charlottenburg Str. 7 (Katholische Schule). Thema: „Krisenbewältigung. Regierungsbildung und Sozialdemokratie“. Referent: Genosse Dreier. Bitte kommen eingeladen werden.
12. Vst. 7 1/2 Uhr bei Väter, Wiltbauer Str. 19. Sitzung der Beisitzer, politischer Vertrauensleute und der Elternbeiräte. Sitzung der Arbeitsauschuhleitung 2. Stunde, früher.
13. Vst. 7 1/2 Uhr bei Wiltbauer, Bismarckstr. 7. Vortrag des Genossen Wiltbauer über „Das Sachverständigenverfahren“.
14. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
15. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
16. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
17. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
18. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
19. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
20. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
21. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
22. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
23. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
24. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
25. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
26. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
27. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
28. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
29. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
30. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.
31. Vst. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Eichen, 8. Vortrag des Genossen Klein über „Rinderkur und Rinder“.

PROBIEREN SIE

unsere unübertreffliche Spezialmarke

PILSATOR

das deutsche Pilsener

Glänzend begutachtet von weit über 100 Berliner Aerzten



PILSATOR

Es gibt ein Wort, das hell erklingt,
Wo man gemütlich trinkt und singt.
Die Sorg' es von der Türe weist
Und lässt den Frohsinn ein — es heisst:
Pilsator!

Das Wort hat einen tiefren Sinn,
Gewiss, es liegt etwas darin,
Dasselbe, was da schäumt im Glas,
Wo lustig sprudelt aus dem Fass
Pilsator!

Was da Pilsator ward benannt,
Ist als ein guter Stoff bekannt,
Als Stoff, der labt und heiter stimmt,
Drum freut sich, wer das Wort vernimmt:
Pilsator!

Ein jeder, der es hört, versteht's,
Glatt über unsre Zungen geht's,
Das Wort sowohl wie auch das Bier,
Drum guten Mutes fordern wir
Pilsator!

Wohlan denn, in das Bierlokal,
Uns zu befrei'n von Durstes Qual,
Dort, wo aus braver Zecher Reih'n
Es schallt: „He, Kellner! Mir noch ein
Pilsator!“

Johannes Trojan



EINGETRAGENE
SCHUTZMARKE

Verlangen Sie überall

PILSATOR

Wir führen ferner

Löwen-Böhmisch Urgold (hell) * Löwen-Böhmisch Dunkel

LÖWENBRAUEREI- BÖHMISCHES BRAUHAUS

Landsberger Allee 11-13 * Fernsprecher: Alexander 2970-2975, 4310, 4311, Königstadt 6875

Unsere Biere sind in sämtlichen einschlägigen Geschäften sowie bei der Berliner Kannen-
bier-Versand-Gesellschaft m. b. H., Berlin NO 18, Fernsprecher Alexander 1186, zu haben

Der Ruhrkampf vor dem Landtag.

In Besprechung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zum Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr hielt am Montag Genosse

Hufemann

eine treffende Abrechnung mit den Unternehmern. Im Anschluß an die schon im Montagabend „Vorwärts“ wiedergegebenen Ausführungen sagte der Redner:

Das Monatsgehalt eines Generaldirektors beträgt 6000 Goldmark, eines Betriebsleiters 3000 Goldmark, eines Betriebsführers 900 und eines Fahrleiters 600 Goldmark. Dazu kommen noch die Lohntien für Förderleistungen und Prämien und dergleichen mehr. Man ist aber überglücklich, als die Forderung von 30 Proz. Lohnerhöhung herauskam und geantwortet wurde, daß eine Lohnerhöhung bei der jetzigen Lage des Ruhrbergbaus unter keinen Umständen in Frage kommen könne, weshalb Verhandlungen darüber zwecklos seien! Schlichtungsverhandlungen wurden künstlich hinausgezogen, bis schließlich doch die 15prozentige Lohnerhöhung ab 15. April bewilligt werden mußte. Aber bei der Kündigung des Manteltarifs wurde in Aussicht gestellt, 21 für die Arbeiter wichtige Positionen zu verschlechtern, vor allem die Arbeitszeit. Der Schiedsspruch vom 28. April legte in der Hauptsache den früheren Zustand wieder fest, für die Kohle- und Braunkohlearbeiter die achtstündige Arbeitszeit. Der Schiedsspruch wurde von uns abgelehnt. Die Lohnerhöhungen wurden von uns angenommen, aber von den Unternehmern abgelehnt, und es kam dann zu dem Beschluß, nachdem die Mehrarbeitsabkommen abgelehnt waren, nun die tarifliche Arbeitszeit, die nach der Arbeitsordnung maßgebend war, zu verfahren und die Bergarbeiter entsprechend anzuweisen. In den Verhandlungen vom 3. Mai in Hamun unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers wurden beide Schiedsprüche in zwei wesentlichen Punkten abgeändert und dieser Spruch für verbindlich erklärt. Da nach § 25 der Schlichtungsordnung eine Aenderung nur zulässig ist, wenn die Parteien zustimmen und eine solche Zustimmung der Arbeiterverbände nicht erfolgte, blieb es bei dem Beschluß vom 30. April, 7 bzw. 8 Stunden zu arbeiten und dann auszufahren. Aber noch bevor dieser Beschluß herauskam, wurde vom Zehnerverband

die Aussperrung von 460 000 Arbeitern

beschlossen und wurden die Betriebe geschlossen. Der Redner begründet nun die Rechtsauffassung, daß bei der Abfassung der Arbeitsordnung und des Tarifvertrags kein Mensch daran gedacht hat, daß unter diese Bestimmungen auch etwaige Abkommen über die Heberarbeit fallen sollten, sondern daß nur die reine tarifliche Arbeitszeit damit gemeint war.

Abg. Hufemann weist dann darauf, daß nach dem Schiedsspruch vom 16. Mai der Lohn, den die Arbeiter im April verdient haben, der Restlohn nun ausgezahlt wird vom 22. Mai bis zum 2. Juni. Am Freitag und Sonnabend der vorigen Woche sind Beiträge von 20 bis 25 M. ausgezahlt worden. Diese Beiträge, die in die Hunderttausende hineingehen, stehen den Unternehmern für einen ganzen Monat ohne Verzinsung als Betriebsmittel zur Verfügung! Auch auf diesem Gebiet will man die früheren Zustände wieder einführen und

kein Entgegenkommen

zeigen. Die Unternehmer machen nicht einmal den Versuch, sich in die Seele des Bergarbeiters hineinzuversetzen. Sie sagen: wir diktieren und die Arbeiter haben einfach zu gehorchen! Das heißt sogar die „Abern-Welt“. Ja!

Bei den Beratungen über Kohlenpreise und andere Fragen im Reichstagen im vergangenen Jahre hat der Generaldirektor Dr. Fieschel vom Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau die bedauerlichen Worte fallen lassen: „Was kann der Bergbau dafür, daß die Bergarbeiter hungern müssen; die Wirtschaft mill' leben! Ja, ist denn die Bergarbeiterschaft nicht ein sehr wichtiger Teil unseres Wirtschaftslebens, und kann unser Wirtschaftsleben in Gang gehalten werden, wenn es nicht gelingt, die Arbeitsfreude und Arbeitslust der Bergarbeiter zu heben und zu erhalten?“

Keine Damen und Herren, durch alle diese Vorgänge, die sich da abgespielt haben, ist der Wille der Bergarbeiter entstanden, nachdem sie einmal ausgesperrt worden sind, nur in die Betriebe zurückzukehren, wenn ihren Wünschen einigermaßen entsprochen worden ist. Der Bergmann sagt vielfach: Jeht oder nie; wir lassen uns die 7-Stundenschicht untertage, wir lassen uns die 8-Stunden-Arbeitszeit übertage nicht ein für allemal rauben, wir sind bereit, wenn es die Wirtschaft erfordert, mehr zu arbeiten, aber wir wollen die

Mehrarbeit als solche bewertet und auch bezahlt bekommen.

Auch der Staatsbergbau hat dieselben Mittel wie vom Zehnerverband angewandt. (Hört! hört! bei den Soz.) Wenn der Minister anders beraten gewesen wäre und man nach Mitteln und Wegen gesucht hätte, dann hätte sich ein Weg finden lassen, um zu einer anderen Lösung zu kommen für den Staatsbergbau, für die Hibernia und auch für den oberdeutschen Staatsbergbau, die es nicht notwendig machte, die Arbeiter wochenlang auf die Straße zu werfen. Kaufmännisch betrachtet war das auch nicht klug. (Sehr gut im Zentr.) Der Schaden für die Werke ist so groß, daß es längere Zeit dauern wird, bis das wieder herausgearbeitet worden ist und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter hat einen ungeheuren Stoß bekommen, und es wird lange dauern, bis die Leistung vom März und April wieder erreicht wird. Für die in Rot geratene Bevölkerung müssen, nach unserem Antrag, Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, und es müßte für den Staatsbergbau eine Sonderregelung getroffen werden. Wir verlangen, daß auf die Reichsregierung eingewirkt wird, damit sie stärker als bisher Druck ausübt.

Im Reichsarbeitsministerium ist seit ungefähr Jahresfrist eine völlige Umstellung eingetreten.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Man setzt sich dort für eine dauernde Verlängerung der Arbeitszeit ein. Davon kann im Bergbau keine Rede sein, weil sonst die Gefahr des völligen Zusammenbruchs unserer Wirtschaft klar vor Augen tritt, es ist höchste Zeit, denn es sind Kräfte am Werke, diesen Wirtschaftskampf in einen politischen Kampf umzuverwandeln (Jurufe b. d. Komm.), diesen Wirtschaftskampf für die politischen Zwecke Ihrer Partei (zu den Komm.) auszunutzen, und Sie haben ja in den letzten Tagen und Wochen das Menschenmögliche hierin geleistet.

Nur einige Beispiele dafür: Da wird davon geredet, daß die Leute mit der Spitzhacke auf die Unternehmer und auf die Arbeitsgemeinschaften einhauen sollten. „Schlagt sie nieder, die Verräter! Beseitigt sie, wo Ihr so findet! Nehmt der Polizei die Revolver ab, und wenn Ihr keine Waffen habt, dann nehmt Handstiefel und Spitzhacken usw.“ Ja, man schreit nicht davor zurück, die ausgesperrten Arbeiter, geradezu in die Bajonette und die Gewehre der Besatzungstruppen hineinzustampfen. (Lachen bei den Komm.) Wenn Sie lachen, dann zeigen Sie nur Ihre Verlegenheit. In der Konferenz am 18. d. M. in Bochum haben Sie, Herr Sobotta, selbst eine solche Forderung erhoben. (Abg. Sobotta: Schwindel!) Nein, ich kann nicht so gut schwindeln wie Sie! (Unruhe bei den Komm.) Im „Ruhrkampf“ vom letzten Freitag wird z. B. berichtet, die Sozialdemokraten hätten in einer Versammlung abtreten müssen, die vom Verband der Bergarbeiter nach dem Schützenhof einberufen worden war, und kommunistische

Redner hätten an ihre Stelle treten müssen. An der ganzen Meldung ist kein wahres Wort. In dem „Ruhrkampf“ vom Sonnabend wird das Gegenteil berichtet, ohne daß man den vorigen Bericht widerrufen oder ihn richtigzustellen versucht! (Hört, hört!)

Durch die Politik der Unternehmer wie der Kommunisten kann unserem Wirtschaftsleben und unserem deutschen Volk nicht gedient werden. Ich bitte Sie daher, unseren Antrag anzunehmen. Vor allen Dingen bitte ich die Staatsregierung und besonders den Handelsminister, seinen ganzen Einfluß auszuüben, damit es endlich zu einer etraglichen Regelung im Bergbau kommt und

die Bergarbeiter, die im Ruhrgebiet arbeiten wollen,

nicht an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert werden, damit sie aber unter Bedingungen arbeiten, unter denen ihnen es auch wirklich möglich ist, ihrem schwierigen Beruf nachzugehen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Steger (Z.) führt aus, daß bei etwas gutem Willen der Unternehmer der Kampf hätte vermieden werden können. Allein, die Grubenherren wollten grundsätzlich den Siebenstundentag untertage durch den Achtstundentag ersetzen. Sie wollen diktieren. Auf diese Weise können sie jedoch sicherlich nicht zu ihrem Ziel.

Handelsminister Siering

schärfte seine Bemühungen um eine rasche Beilegung des großen Kampfes. Ich habe bisher, erklärt der Minister, zweimal Gelegenheit gehabt, bei der Beratung des Berggesetzes auch zu der Frage der achtstündigen Arbeitszeit Stellung zu nehmen, und ich vertrete nach wie vor die Auffassung, daß die in den Novembertagen 1918 festgesetzte Arbeitszeit geltendes Recht in Deutschland sein muß. (Jurufe b. Komm.) Daß der Achtstundentag für die Bergarbeiter untertage eine siebenstündige Arbeitszeit bedeutet, sollten Sie auch wissen.

Die Angriffe gegen das Handelsministerium gehen in mehrfacher Hinsicht von falschen Voraussetzungen aus. Die Ursache des Konflikts liegt in den Miccum-Verträgen.

Wenn 27 Proz. der Ruhrförderung unentgeltlich an die Befehlsmächte abgetreten werden müssen, wenn dazu noch ziele 12 Proz. Zehnerlohnverbrauch kommen, so sind von der Gesamtförderung nur etwas mehr als 61 Proz. gegen Entgelt veräußert. Bei den preussischen Staatsgruben ist aus geologischen und anderen Gründen das Verhältnis noch etwas ungünstiger. Aus dem Erlös von 61 bis 65 Proz. der Förderung muß also die Vertriebung der gesamten Selbstkosten gesucht werden. Das wäre nur möglich, wenn der Ruhrbergbau und die Staatsgruben den Kohlenpreis beliebig festlegen könnten. Der Preis wird aber durch die Absatzmöglichkeit diktiert. Der Absatzradius der Ruhrkohle ist gegenüber der Zeit vor der Ruhrbesetzung aufs äußerste eingeschränkt, der Preis der Ruhrkohle liegt wesentlich über der Preisgröße aller anderen deutschen Berggebiete und über dem Weltmarktpreis. Die Folge ist, daß sich die Fördermänglichkeit des Ruhrbergbaus überhaupt nicht auswirken kann, weil die durch den Miccum-Vertrag bedingte Preishöhe den Absatz aufs stärkste abdrückt. Unparteiische Bergbauleute schätzen den durch das Miccum-Abkommen bedingten Ausfall auf mehr als 50 000 Tonnen täglich. Das bedeutet einen

Ausfall von mehr als 15 Millionen Tonnen im Jahr.

Der Minister gibt nun in anschaulicher Weise ein Bild der besonderen Lage des preussischen Staatsbergbaus, die erforderlichen Zuschüsse sind so erheblich, daß der Finanzminister schon mehrfach Einspruch erhoben hat. Unter der Voraussetzung, daß das Reich spätestens in zwei bis drei Monaten die Bezahlungen der Reparationslieferungen an die Staatsbergwerke wieder aufnimmt, der zurzeit ungünstige Kohlenabsatz sich allmählich bessert und die meistfälligen Kohlenpreise, die augenblicklich über den englischen stehen, wesentlich ermäßigt werden, werde die staatliche Bergwerksdirektion Redlingshausen vom November 1923 bis Ende 1924 einen Zuschuß von voraussichtlich 27,5 Millionen Mark und, einschließlich der weiteren, vom 1. Juni ab fällig werdenden Zinsen — jetzt müssen wir 22 Proz. Zinsen jährlich zahlen — einen Gesamtzuschuß von mehr als 30 Millionen Mark erfordern.

Der Minister betont, daß die Kündigung des Manteltarifs durch den Zehnerverband, bevor das Arbeitszeitabkommen gekündigt war, zweifellos taktisch unklug und sachlich nicht gerechtfertigt war.

Die Behauptung der Arbeiter, daß durch die Kündigung des Manteltarifs erst die Kündigung des Arbeitszeitabkommens provoziert worden sei, ist in den bisherigen Verhandlungen nicht plausibel genug begründet worden. Beide Parteien hätten seit der Erzwingung der Miccumverträge schwer zu leiden. Um so notwendiger war es, daß die Arbeitgeber trotz aller Zwangslage die Gefühle, die Beiden und Stimmungen der Bergarbeiterklasse bei ihrem taktischen Vorgehen berücksichtigten. Das ist nicht immer geschehen, und so entstand in den Bergarbeitern eine gefährliche Hochspannung. Am 3. Mai lag ein verbindlich erklärter Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers in der Mehrarbeitsfrage und in der Lohnfrage vor. Der preussische Handelsminister hat die amtliche Aufgabe, Schlichtungswesen, Arbeiterrecht und Tarifwesen im preussischen Staat zu betreiben. Ich frage, ob ich in dieser Eigenschaft mich am 5. Mai über die vom Reichsarbeitsminister am 3. Mai ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung hinwegsetzen konnte. Ich behaupte nein. Ich hätte damit der Autorität des Schlichtungswesens einen tödlichen Stoß versetzt. (Jurufe bei den Komm.) Ich betone: Der Kollektiv-Arbeitsvertrag, dessen rechtliche Fundamentierung nicht zuletzt im heute geltenden Schlichtungswesen ruht, ist doch zweifellos eine wertvolle Errungenschaft für die Arbeiter, wertvoller als für den Unternehmer. Am 5. Mai bestanden für die Leitung des Staatsbergbaus zwei

verbindlich erklärte Schiedsprüche, die für mich bindend sein mußten.

Als am 6. Mai die Betriebsräte meinen Kommissar anriefen und es fragten, ob sie nicht sieben Stunden verfahren könnten, wurde ihnen die Frage vorgelegt, zu welchem Lohnsatz, ob die sieben Stunden gegen Sietenstundenlohn oder gegen den bisherigen Achtstundentag, zusätzlich der 15 Proz. aus dem verbindlich erklärten Schiedsspruch, arbeiten wollten. Der Betriebsrat verlangte das letztere. (Hört, hört!) Das war bei unseren Zuhörern eine glatte Unmöglichkeit. — Wenn es endlich zu einer Aussprache zwischen den Parteien und der Reichsregierung kam mit anschließenden Schlichtungsverhandlungen, so darf ich konstatieren, daß meine Kommissare das Ihrige dazu beigetragen und den entscheidenden Anstoß gegeben haben. Leider hat auch der am 15. Mai gefällte Schiedsspruch den Konflikt nicht beendet. Die preussische Staatsregierung wünscht aufs dringendste im Interesse der beteiligten Arbeiter und der deutschen Wirtschaft, daß der Streit unverzüglich beigelegt wird. Die preussische Staatsregierung hat ihre Dienste zur Vermittlung nicht versagt und erneut bei der Reichsregierung nachdrücklich Vorstellungen erhoben, um nochmals Verhandlungen herbeizuführen. Die am Montag begonnenen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind in erster Linie auf die Initiative des preussischen Handelsministeriums zurückzuführen. (Beifall.)

Abg. Martin (Dnat.) spricht sich dafür aus, daß es in dem Ringen an der Ruhr weder Sieger noch Besiegte gäbe.

Abg. Dr. Dinkerheil (D. Sp.), der so gut wie allein den Standpunkt der Grubenherren zu verteidigen suchte, betonte, das Rechtsgutachten der fünf Professoren, zu denen auch Einzheimer gehöre, spreche zugunsten der Auffassung der Unternehmer.

Abg. Sobotta (Komm.) erklärte, es handle sich nicht so sehr um die 8., als um die 8¼stündige Schicht unter Tage, die erzwingen werden müsse

Abg. Limbergh (Soz.)

kritisierte nochmals die kurzfristige Haltung des Unternehmertums und zitierte zu diesem Zweck auch die „Frankfurter Zig.“, die darauf hinweist, daß seit Abbruch des Ruhrkampfes die Grubenherren es an jeglichem Versuch zu einer Beilegung hätten fehlen lassen. Wir wissen, betonte Limbergh, wie von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde der Groll in der Bergarbeiterschaft sich anhäufte. Die ältesten Bergleute erklären heute, lieber Gras fressen zu wollen, als nochmals ohne Sicherstellung ihrer Rechte in die Grube zu gehen. (Beifall links.)

Nach weiteren Ausführungen, die neues nicht ergaben, schloß die Aussprache. Der sozialdemokratische Antrag wurde dem Hauptausschuß überwiesen, der Antrag der Kommunisten, der die sofortige Amtsenthebung des preussischen Handelsministers und des Reichsarbeitsministers forderte, wurde abgelehnt. Das Haus vertagte sich auf Dienstag 11 Uhr.

Ich hatt' einen Kameraden...

Die Aussagen im Thormann-Grandel-Prozess. — Spizel gegen Spizel. — Alles um Geld.

Bereits der erste Tag des Thormann-Grandel-Prozesses eröffnete einen Einblick in den Sumpf der sogenannten vaterländischen Vereinigungen, der für die gesamte Bewegung vernichtend ist. Die Thormann und Grandel geben sich als Anhänger der Alldutschen Klassiker Richtung, aber sie haben zu gleicher Zeit intime Fühlung mit den Nationalsozialisten um Graefe, Wulle, Hitler und Ludendorff. Sie behaupten unpolitisch zu sein, aber ihre gesamte Tätigkeit ist im höchsten Grade politisch. Sie behaupten, das Spizeltum bei den Nationalsozialisten bekämpfen zu haben, aber sie selbst haben nach ihren eigenen Aussagen in der verwerflichsten Weise gespizelt.

Da ist dieser Thormann, ein Kaufmann mit sehr bewegter Vergangenheit, von dem sein Mitangeklagter Grandel behauptet, er habe ihn in Berlin um eine Stellung angeknurrert und er habe ihn im Verdacht, daß er Geld von ihm herauspressen wollte. Thormann gibt sich als Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle. „Vaterländische“ Motive sind es, die ihn geleitet haben, der Wunsch, den nationalsozialistischen Parteisekretär v. Lettenborn als Spizel zu entlarven und als solchen Graefe und Ludendorff zu denunzieren, führte ihn, wie er sagt, nach Berlin. Um sein Ziel zu erreichen, bespizelt er Lettenborn, um sein Ziel zu erreichen, reicht er nach seiner Behauptung dem bespizelten Spizel die Hand zu einem Mordanschlag auf den Chef der Heeresleitung General v. Seeckt. Dieser ehrenwerte Vertreter der alldutschen Gattung Mensch ist so selbstlos, daß er dem Spizel Lettenborn, der angeblich als Sekretär der Nationalsozialistischen Freiheitspartei Hungergehälter bezog, an die 200 Dollar für die Auslieferung des sauberen Mordplanes opferte. Aber war Thormann nicht ein verachteter Kaufmann, der Grandel um einen Unterklupf gebeten hatte? Woher stammen also die 200 Dollar? Die Frage ist vorläufig unbeantwortet geblieben. Sie aufzuklären wird eine der wichtigsten Aufgaben des Prozesses sein.

„Ich wollte die Lettenborn und Köpffe fangen“, sagt Thormann. Aber die Lettenborn und Köpffe waren gerissener als er, sie haben ihn gefangen. Spizel stand gegen Spizel und die Frage war nur, wer den andern über-

spizelte, von diesen vaterländischen Gestalten, die mit Clah, Kahr, Graefe, Hitler, Wulle und Ludendorff in Verbindung standen. Ich hatt' einen Kameraden...

Grandel heißt einer dieser Kameraden. Er stand zu Hitler, Kahr und Clah in engen Beziehungen. Aber er war beileibe kein Politiker. Wie sein Komplize Thormann ist er rein „vaterländisch“ eingestellt. „Freiheit, Heimat, Vaterland“ heißt sein Wahlspruch. Aber seltsam, dieser so gänzlich unpolitische Dr. chem. Grandel ist einer der Hauptgeldgeber der Nationalsozialisten, er sah als Beirat im Wirtschaftsrat des Generalstaatskommissars Kahr, bearbeitete die Währungsfrage und drängte zur „Initiative“. Er war ein intimer Freund des Justizrats Clah und bemühte sich eine Brücke zwischen den Nationalsozialisten und den Alldutschen zu schlagen. Wahrhaftig eine gänzlich unpolitische Betätigung! Und — seltsam — ausgerechnet in den Tagen, an denen der Mordplan gegen Seeckt zur Ausführung gebracht werden soll, taucht der ehrenwerte Herr Grandel in Berlin auf und trifft hier „zufällig“ den Mitangeklagten Thormann. „Ich kannte ihn nur flüchtig“, sagt der Herr Dr. chem. „Ich wünschte keine Bierbankbekanntschaften.“ Aber seltsam. Dieser flüchtige Bekannte Thormann zieht dann den Grandel ins Vertrauen, er bittet ihn, sich Lettenborn einmal genauer anzusehen. Und Dr. Grandel? Er lehnt diese sonderbare Zumutung des flüchtigen Bekannten nicht etwa ab, er läßt im Gegenteil die Thormann, Lettenborn und Köpffe zu einem solennem Schmaus ein. Da saßen nun die vier „Vaterländischen“ und sprachen — über den Mordplan gegen Seeckt. Aber nicht etwa, so behaupten sie nachträglich, um den Chef der Heeresleitung über den Haufen zu schießen, sondern um sich gegenseitig der Ehre und der Freiheit zu berauben. Ich hatt' einen Kameraden...

Bei seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I führte Thormann weiter aus: Lettenborn teilte mir bei unserer ersten Unterredung im Hof der Völkischen Freiheitspartei mit, daß er jämmerlich bezahlt werde und sich mit seiner Familie noch nicht einmal zufrieden sein könne. Als v. Lettenborn einen Augenblick abgerufen wurde, legte ich ihm einen Zwanzig-Dollar-Schein auf den Tisch. Ich bat ihn

nämlich, er solle doch als fester Offizier seine alten Verbindungen mit der Reichswehr wieder aufnehmen, um zu erlangen, wie dort die Stimmung sei. Ich hat Lettenborn dann abends in mein Hotel in der Dorothienstraße, weil ich inzwischen eine verdächtige Dame kennen gelernt hatte, eine Baronin Jessenad, von der ich mußte, daß sie mit Janczik in Verbindung stand und die mir selbst erklärt hatte, sie halte mich für einen Offizierspion. Ich war nun der Ansicht, daß diese Person auch mit Lettenborn in Verbindung stehe und hoffte, daß wenn ich beide zusammenbrächte, sie sich verraten würden.

Vors.: Halten Sie den Herrn v. Lettenborn für einen Spion?
Angel.: Thormann: Natürlich, denn Lettenborn verkehrt ja in Jancziks Kreisen.

Vors.: Wie kann denn das möglich sein, daß ein Spion Sekretär der Deutschösterreichischen Freiheitspartei wird?

Angel.: Thormann: Alle nationalen Verbände sind ja durch Spionage verfehlt.

Vors.: Haben Sie denn z. B. Herrn Wulle über ihren Verdacht gegen Lettenborn etwas mugeleitet?

Angel.: Thormann: Nein, denn ich war Lettenborn bereits auf der Spur und wollte ihn in den nächsten Tagen festlegen. Da kam er mir aber zuvor und veranlaßte meine Verhaftung. Nach einer kurzen Reise nach München bin ich dann am 9. Januar nach Berlin zurückgekommen und traf mich auf Wunsch von Lettenborn mit diesem im Café Josty. Als wir das Lokal verließen, sagte Lettenborn zu mir:

Hätte ich nur mehr Geld gehabt, dann wäre Seckl jetzt schon weg. Haben Sie Geld mit?

Ich war überrascht, sagte ich aber sofort und sagte: Jawohl. Darauf deutete mir Lettenborn an, er hätte einen Kameraden usw. Ich habe daraufhin Lettenborn abermals 50 Dollar gegeben. Am nächsten Tage, einem Donnerstag, hatte mich Lettenborn zu Misinger bestellt, kam aber nicht. Am Sonnabend traf ich bei einem Spaziergang Dr. Grandel, den ich aus Süddeutschland kannte, und der sich auf einer Geschäftsreise befand, in der Leipziger Straße. Ich fuhr zu Fahrenhorst, um von diesem Lettenborns Wohnung zu erfahren. Als mir das nicht möglich war, bin ich mit Dr. Grandel ausgegangen und habe mit ihm am Sonntag im Leipziger Hof gegessen. Am Abend, im Café Czjellor, habe ich Dr. Grandel erzählt, was ich im Schilde führte und habe ihm auch von der Tätigkeit Lettenborns erzählt, der mir als Halbjude verdächtig war. Dr. Grandel lächelte über das, und ich war über seinen Skeptizismus etwas ärgerlich. Deshalb ging ich weiter aus mir heraus und sagte, Lettenborn habe etwas mit Seckl vor.

Vors.: Sie reden immer nur ganz allgemein. Sie werden doch Dr. Grandel etwas Positives erzählt haben.

Angel.: Nein, ich war überzeugt, daß Lettenborn überhaupt nichts Ernsthaftes vorhatte, er habe mich schon zu oft belogen.

Vors.: Haben Sie Grandel auch erzählt, daß Lettenborn Ihnen gesagt hat: Wenn ich Geld hätte, dann wäre Seckl schon längst fort?

Angel.: Thormann: Jawohl, Grandel meinte noch lächelnd: Seredel Duatsch! Ich aber sagte: So urteilen Sie, weil Sie diese Spitzelgeschäfte nicht kennen. Ich will unter allen Umständen diese Spitzel aus der Partei entfernen. Ich erkläre hier im Gerichtssaal feierlich, daß ich mit einem Attentat gegen General v. Seckl niemals etwas zu tun gehabt habe.

Der Angeklagte schildert dann weiter in sehr ausführlicher Weise, wie er sich mit Lettenborn und Köpfe, der ihm unter dem Namen Schuhmacher vorgestellt wurde, im Reichstag getroffen habe, wie man dann

zu Drift zum Reichswehrministerium

und durch die Botschaften gegangen sei. Bei der Gelegenheit habe Lettenborn erzählt, daß er gerade von der Abteilung I A komme, wo er noch mit einem blauen Auge davongekommen sei. Im Reichswehrministerium sei ihm, dem Angeklagten, aufgefallen, daß sein Hauptmann Böhm, der sowohl Thormann wie Grandel bekannt gewesen sei, Thormann spöttisch angelächelt habe, während Lettenborn diesen Bekannten nicht begrüßt habe. Am Nachmittag habe man sich dann wieder in der Konditorei Josty getroffen, und da habe Thormann dem Lettenborn und Köpfe seine letzten 50 Dollar gegeben. Die beiden erklärten, sie müßten noch eine Reithose usw. besorgen.

Nun mußte die Verhandlung abgebrochen werden, da der Angeklagte Grandel, der schwer leidend ist, einen Schiffschiffsanfall erlitt. Nach geraumer Zeit wurde die Vernehmung Thormanns wieder aufgenommen.

Thormann schildert, daß er Grandel gebeten habe, sich doch diese beiden „Oberspitzel“ einmal selbst anzusehen. Weiter habe er sich mit Lettenborn und Köpfe zu dem nächsten Tag abermals bei Josty verabredet. **Vors.**: Wenn Sie alles nur für Spitzelwache hielten, ist es doch nicht erklärlich, weshalb Sie sich noch einmal treffen wollten. **Angel.**: Thormann: Ich wollte nur leben, wie weit diese beiden Kaufbengel ihre Spitzel treiben würden. Lettenborn war nämlich zu der Verabredung nicht erschienen und deshalb sagte ich zu Köpfe-Schuhmacher:

Sie sind wirklich Ehrenleute. Lettenborn hat mir sein Offizierswort gegeben, daß er zu der heutigen Verabredung kommt, hat das Wort aber natürlich gebrochen.

Ich habe Köpfe mit einem solchen Zynismus behandelt, daß er dauernd mit den Zähnen knirschte. Wenn beide nicht so jung gewesen wären, dann hätten sie merken müssen, daß ich sie fangen wollte. Als ich am Abend vor meiner Verhaftung nach Hause kam, sah ich zwei Kriminalbeamte vor der Tür stehen, von denen der eine dem anderen zuschüsterte: „Du, das ist er.“ Ich mußte lachen, denn ich sah nun, daß man gegen mich mobil gemacht hatte. **Vors.**: Sie sind also am dem Abend auseinandergegangen in dem Gedanken, daß am 15. Januar das Attentat stattfinden würde? **Angel.**: Thormann: Aber kein Gedanke, ich wußte ja bestimmt, daß nichts nachkommen würde.

Ich wollte nur das Spiel zu Ende bringen, um dann Herrn v. Graefe und Czjellor Lubenoff über die Tätigkeit Lettenborns zu benachrichtigen.

Vors.: Dazu waren doch aber Ihre zahllosen Verabredungen mit Lettenborn und Köpfe wahrhaftig nicht nötig. **Angel.**: Doch, denn ich wollte die beiden psychologisch studieren. Ich habe ja auch an dem Morgen meiner Verhaftung im Café Josty zu Lettenborn gesagt: „Wahrscheinlich ist Dr. Grandel schon verhaftet und Sie werden Sie ja auch für kurze Zeit ins Gefängnis bringen, aber Sie verlieren Ihre Ehre.“ **Vors.**: Was haben Sie denn nun nach Ihrer Festnahme dem Untersuchungsrichter erzählt? **Angel.**: Der Untersuchungsrichter sagte mir, ich sollte nicht lügen, und ich sagte ihm, daß jede Lüge meinerseits meine Sache besetzen würde. Ich habe ihm nämlich gesagt: „Lettenborn ist der größte Halunke, den es gibt, weit größer als sein Chef.“ Aber der Untersuchungsrichter hat mich nie im Zusammenhang erzählen lassen, sondern ich mußte nur immer Fragen beantworten. **Vors.**: Dann muß ich Ihnen entgegenhalten,

daß Ihr Protokoll mit den Worten beginnt: „Ich gebe zu, an einer Verabredung, Czjellor v. Seckl zu beteiligen, teilgenommen zu haben.“

Angel.: Das konnte ich doch auch nicht leugnen, da ich mit den Leuten darüber gesprochen habe. **Vors.**: Sie haben weiter in dem Protokoll gesagt, daß die Anregung, Czjellor Seckl zu beteiligen, von einem von Ihnen ausgegangen sei. Der Angeklagte sagt auf Anfrage noch aus, daß er Grandel nur flüchtig gekannt habe.

Dr. Grandels Aussagen

Hierauf wird der zweite Angeklagte, Fabrikant Dr. Gottlieb Grandel aus Augsburg, vernommen. Der Angeklagte

ist so schwer herzlos, daß die Gerichtsärzte wiederholt eingreifen müssen. Er nimmt vor dem Richter auf einem Stuhl Platz und macht seine Aussage, fast ständig mühsam nach Atem ringend, mit so leiser Stimme, daß seine Worte vielfach ganz verloren gehen. Bis zur Revolution, so erklärt der Beschuldigte, habe ich mich für Politik nicht besonders interessiert. 1920 lernte ich dann Hitler kennen, der mich auch in Augsburg besuchte und da ich auf diese junge Bewegung in ihren Anfängen Hoffnung setzte, stellte ich mich ihr auch finanziell zur Verfügung. Mein Wunsch war, daß die Hitler-Bewegung sich auf kulturpolitischem, nicht aber auf parteipolitischen Gebiet bewegen sollte.

Als sich dann die Entwicklung in umgekehrter Weise vollzog, habe ich mich zurückgezogen, denn ich bin, wie gesagt, nicht parteipolitisch eingestellt.

Vor geraumer Zeit habe ich Justizrat Claf kennen gelernt und bin mehrfach mit ihm zusammengekommen, da mich die alldeutsche

Allgemeine Funktionärkonferenz

heute, Dienstag, den 27. Mai 1924, abends 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Lufauer Straße 15 (großer Saal).

Tagesordnung:

„Das Sachverständigengutachten“.

Referent: Genosse Rudolf Wissell, M. d. R.

Zutritt haben alle Parteifunktionäre gegen Vorzeigung von Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis für 1924.

Bewegung interessiert. Von Herrn Claf habe ich den Eindruck, daß er eine bedeutende Persönlichkeit ist. Auch mit Herrn v. Rahr war ich in Fühlung, da ich mich

mit der Währungsfrage in seinem Wirtschaftsklub

abplagierte. Ich dränge Rahr, er möge, was die Währung angeht, die Initiative ergreifen, doch brachte der frühere Generalkonsumkommissar nicht den nötigen Mut auf. Der Angeklagte schildert dann, daß er im Januar nach Berlin gekommen sei, einmal, um von der Außenhandelsstelle eine Einfuhrbewilligung zu erhalten, dann aber auch, um für eine befreundete Familie in Augsburg ein Tuberkuloseheilmittel zu beschaffen. Er sei am Freitag, den 11. Januar, angekommen und habe von der Außenhandelsstelle den Befehl bekommen, daß er erst am Montag in seiner Sache verhandeln könne. Am Sonnabend habe ihn in der Leipziger Straße ein Herr begrüßt. Ich mußte mich erst besinnen, wer das war und erkannte schließlich Thormann, den ich auf einem nationalen Abend in München einmal kennen gelernt hatte. Das Zusammentreffen in Berlin war mir nicht sonderlich angenehm, denn ich lege auf Bierbekanntschaften keinen allzu großen Wert. Thormann sagte, er habe keine Arbeit und da ich für meine Fabrik in Norddeutschland Vertreter suchte, fragte ich ihn, ob er sich einer solchen Tätigkeit gewachsen fühle. So kamen wir ins Gespräch, Thormann erzählte mir auch auf eine diesbezügliche Frage, daß er zur Deutschösterreichischen Freiheitspartei Verbindungen habe und Wulle kenne. Das war mir lieb, zu hören, denn ich hoffte, vielleicht auf diesem Umweg

eine Brücke zwischen der Alldeutschen und der Deutschösterreichischen Freiheitspartei schlagen

zu können, da letztere bekanntlich Justizrat Claf ebenso oft, wie grandios angegriffen hatte. Am Sonntagabend kam dann Thormann ins Café Czjellor, wo ich mich, wie er wußte, aufhielt, und dort erzählte er mir zum erstenmal von Lettenborn. Das sei, so erklärte mir Thormann, ein ganz habitauer, der schon allerhand Bagatelles geleistet habe. Und nun deutete mir Thormann an, daß Lettenborn etwas gegen Herrn v. Seckl plane. Ich habe dazu den Kopf geschüttelt und gelächelt, denn es erschien mir absurd, daß man wieder einmal mit dem Schicksal Deutschlands spielen wollte. Weiter bot mir dann Thormann, ich sollte mit Lettenborn einmal ansehen, ob dieser Mann den Eindruck eines Schwindlers mache oder nicht. Ich habe in diesem Augenblick wahrhaftig nicht geglaubt, daß aus der Bitte und meiner Zusage für mich etwas zu Verhängnisvolles erwachsen würde. Thormann erbot sich, mir Lettenborn ins Hotel zu bringen. Auch das erschien mir nicht gefährlich,

ich hatte vielmehr den Verdacht, daß man Geld von mir heraus-holen wollte.

Dann Thormann hatte mir wiederholt versichert, daß Lettenborn und Köpfe so geldhungrig seien, daß sie die tollsten Sachen machten, nur um in den Besitz von Mitteln zu kommen. Tatsächlich erschien Lettenborn mit Köpfe am nächsten Tag im Leipziger Hof und wir aßen dort zusammen. Im Laufe der Unterhaltung fragte Thormann den Köpfe ganz laut: „Sie wollen also die Sache gegen Seckl ausführen?“ und Köpfe erwiderte mit niedergeschlagenen Augen: „Jawohl“. Er verlangte zunächst eine größere Summe zur Sicherstellung seiner Mutter, wie er sagte, und als ich ihn fragte, wo denn die Mutter wohne, antwortete er so zögernd und unsicher, daß ich den Eindruck hatte: Der Mann ist ein Lügner. Thormann erwiderte, daß auch diese Summe besorgt werden könne, und nun fragte Köpfe, ob er nicht sofort eine größere Abzugszahlung darauf bekommen könnte. Ich würde diesem Manne persönlich nicht einen Pfennig geborgt haben, denn er machte auf mich durchaus den Eindruck eines Hochstaplers. Nach diesem Gespräch mußte ich zu einer Sitzung in die Außenhandelsstelle und, offengestanden, war ich sehr froh, fortzukommen zu können, denn ich dachte bei mir:

Wenn diese Art Leute Deutschland retten wollen, dann gerät es sicherlich nur immer tiefer in den Sumpf.

Da das Befinden des Angeklagten Dr. Grandel sich stark verschlechterte, brach auf Antrag der Sachverständigen der Vorsitzende die Vernehmung ab. Die Verhandlung wurde auf Dienstag morgen verlegt.

Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung.

Die deutsche Volkswirtschaft steht im Beginn oder vielmehr schon inmitten der schwersten Krise, die sie je durchgemacht hat. Fast zehn Jahre lang waren die Folge, durch die die in sich regellose kapitalistische Wirtschaft dirigiert wurde, außer Kraft. Im Krieg wurde nicht für den volkswirtschaftlichen Verbrauch, sondern in der Konkurrenz der ausländischen mit der heimischen Warenherzeugung aus. Nach dem Kriege setzte bald die Valuationskatastrophe ein, die hohen Devisenkurse verwehrt die Einfuhr billiger Waren, monopolartig beherrscht der Kapitalismus den Markt. 1920 und nach der Stabilisierung Ende 1923 hatten wir Epochen, wo sich die Marktverhältnisse zu verschleppen schienen. Beide Male war die Wirtschaft aus den Fugen geraten infolge der Ueberforderung der Preise, und beide Male gab es vorübergehend einen Rückschlag. Aber beide Konjunkturrückschläge waren nur Epochen. Insbesondere die Jahre vom Herbst 1920 bis Herbst 1923 brachten die Hochflut der Inflation mit der überfüllten Flucht in den Sachbesitz, in die Produktionsmittel, die Rohstoffe. Eine gewaltige Umschichtung, die der Reichswirtschaftsminister als Hochkapitalismus bezeichnete, griff Platz. Die Konjunktur, die in der normalen kapitalistischen Wirtschaft die Vereinigung der Industrie und des Handels bewirkte,

blieben fast ganz auf. Statt dessen schossen noch neue Uebernehmungen wie Pilze empor, ganz gleich, ob ein volkswirtschaftliches Bedürfnis dafür vorlag. Der Apparat des Handels und der Banken schwoll ins ungeheure an. In ein verminderter Volkseinkommen teilte sich ein um ein vielfaches vergrößerter Stab von Beamten der Ware und des Geldes, durch die auch nicht ein Zentner Kohle, nicht ein Anzug mehr hergestellt wurde.

Das Mißverhältnis mußte in dem Augenblick deutlich werden, als an Stelle des schwankenden Geldwertes ein stabiler trat. Mit Erschrecken sah man, wie ungeheuer der Anteil des Lohnes an der Ware zusammengeschrumpft war, wie die Produktion und der Warenpreis belastet wurde mit Risikoprämien, Gewinnfähigen, Handels- und Kreditkosten, so daß die Waren der Industrie viel zu teuer, jedenfalls teurer in Deutschland als am Weltmarkt waren. Wenn man abendeln auf die Steuern verweist, die die Ware angeblich so sehr verteuerten, so muß doch betont werden, daß die Ueberforderung der Weltmarktpreise schon im Frühjahr 1923 anlässlich der damaligen Marktstabilisierung verzeichnet worden konnte, also zu einer Zeit, wo die Industrie so gut wie gar keine Steuern zahlte, sondern sie schuldig blieb, bis die Geldbewertung sie auffraß.

Die Geschäftsaufsicht und ihre Wirkungen.

Hätte die kapitalistische „Erfolgs“wirtschaft in Zeiten stetigen Geldwertes als wesentliche Vorbedingung einer gesunden Geschäftspolitik die Bereithaltung ausreichender flüssiger Geldmittel angesehen — wer zahlungsunfähig wurde, geriet in Konkurs —, so war in der Inflationsperiode gerade das Umgekehrte zum Geschäftsprinzip geworden. Wer flüssige Geldmittel behielt, wurde von der Notenpresse enteignet; wer dagegen Waren, Devisen, Effekten lauschte, wurde und blieb reich. Die meisten haben bis heute noch nicht umgelernt. Sonst hätte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht nicht vorgestern an die Geschäftswelt die Mahnung zu richten brauchen, sich ihrer Warenvorräte zu entledigen und selbst unter Verlust zu verkaufen. Man lebt noch in der Wahnvorstellung, daß irgendjemand einmal irgendjemand neuer Geldgeber Kredite bereitstellen würde, um zu verhindern, daß die zum Verbrauch ersyugten Waren dem Verbrauch zugeführt werden.

Nun hat der Gesetzgeber noch gehofft, diese Vorstellung aufrecht zu erhalten. Am 8. August 1914 erschien zum Schutze der vom Krieg geschädigten Unternehmungen eine Verordnung „betreffend die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens“, deren Zweck es war, zahlungs-schwachen, aber innerlich gesunden Unternehmungen über die Störungen des Absatzes und des Kreditverkehrs im Kriege hinwegzuhelfen. Unter bestimmten sehr allgemein gehaltenen Bedingungen konnte ein vorübergehend zahlungsunfähig gewordenen Unternehmen, anstatt Konkurs anzumelden, die Geschäftsaufsicht über sich beantragen. Eine Aufsichtsperson wurde mit der Unterstützung und Ueberwachung der Geschäfte betraut, bis es wieder zahlungsfähig geworden war.

Im Kriege, vielleicht noch die erste Zeit nach dem Kriege, als infolge der Beschlagnahme von Auslandsermögen oder von Gebietsabtretungen Unternehmungen unverschuldet in Verlegenheit kamen, hatte die Verordnung ihren guten Sinn. Nachdem aber die Hochflut des Inflationkapitalismus über uns gegangen ist, nachdem der Mittelstand enteignet und die Arbeiterschaft jahrelang um den größten Teil des Arbeitsertrages betrogen worden ist, sollte man glauben, daß die Unternehmungen in Industrie und Handel aller Schutzbürdigkeit entwachsen sind. Der Staat ist anderer Meinung. Während man die sozialen Schutzbestimmungen zu Gunsten der Arbeiterschaft größtenteils längst abgebaut hat, erkrant sich der ehrbare Stamm der Kaufleute und Industriellen nach des Kriegesozialismus und aller seiner Wohltaten.

Die Geschäftsaufsicht untergräbt die Wirtschaft.

Was ist nun die Folge? Das Betriebskapital und die baren Reserven der Unternehmungen waren, wie geschildert, größtenteils in den schwer beweglichen Sachbesitz übergegangen. Das war nicht schlimm, solange die Reichsbank für ein Nachströmen der Kredite sorgte. Die seit der Einführung der Rentenmark erteilten Kredite aber haben bereits gezeigt, daß die Währung bei einer zu starken Dehnung dieses Ventils der Gefahr eines neuen Sturzes ausgelegt war. Infolgedessen mußte es abgeperrt werden. Eine ungeheure Kreditknappheit trat ein, die noch verschärft wurde, als die Reichsbank in Erkenntnis dieser Gefahr ihre Krediterteilung beschränkte.

Nun hatten sich Industrie und Handel in der Inflation noch auf andere Weise Mittel zu beschaffen gewußt. Sie verlangten vom Abnehmer und Besteller Vorauszahlung. Das mußte aufhören, als der Absatz ins Ausland infolge der geschwächten Kaufkraft zu stagnieren begann. Der Verbraucher mußte jetzt dem Abnehmer die Kredite erteilen wie vor dem Kriege. Dadurch wuchs auf der einen Seite der Kreditbedarf — schon das würde manne Störungen des Kreditverkehrs erklären. Aber auf der anderen Seite ergab sich folgendes: Viele Händler nahmen nun Ware ab und konnten sie, da sie nicht genügend absetzen, nicht bezahlen. Als nun auf der Zahlung bestanden wurde, ließen sie sich einfach unter Geschäftsaufsicht stellen. Bald wurden darüber auch Lieferantenfirmen zahlungsunfähig. Auch von ihnen gingen viele unter Geschäftsaufsicht. Der Produzent aber wartete auf sein Geld und sollte seine Löhne bezahlen. Da er es nicht bekam, ging er um Geld betteln oder er begab sich gleichfalls unter Geschäftsaufsicht. Anstatt daß man bemüht gewesen wäre, die Waren, durch die die Kredite gebunden waren, zu verkaufen, wartete alles auf den Anteil aus Amerika, der die steigenden Preise bringen sollte — die Wirtschaft aber ging zu Bruch.

Heute schon ist es so, daß Produzenten sich nicht mehr um den Absatz bemühen, weil sie nicht wissen, ob sie jemals Geld oder nur eine Geschäftsaufsicht zu sehen bekommen. Die Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden Firmen beträgt bereits viele hunderte, wenn nicht tausende. Niemand weiß, ob eine Firma, mit der er verkehrt, schon unter Geschäftsaufsicht steht oder erst auf dem besten Wege dazu ist.

Verheerend ist die Wirkung auch auf die Kapitalbildung. Wenn Kredite knapp sind, ist es Aufgabe der Banken, die freien Gelder an sich zu ziehen, also für Depositionen zu werden. Das tun sie auch, wenn auch in sehr unzulänglicher Weise. Aber wer soll eine Bank Geld hintreiben, wenn man nicht weiß, ob diese nicht auch morgen unter Geschäftsaufsicht steht und dann die Herausgabe des Geldes in dem Augenblick verweigert, wo es der Besitzer am nötigsten braucht?

So ist die Geschäftsaufsicht in ihrer heutigen Form eine Quelle der Korruption der gesamten Wirtschaft, zugleich ein Hindernis für die Bekämpfung des Absatzes sowie der Umstellung der Produktion auf niedrige Preise und schließlich die Untergrabung der Neubildung von Kapital.

Die Abwehrbestrebungen.

Die Interessenten haben die Gefahr, die aus der einseitigen Anwendung der Geschäftsaufsicht erwächst, klar erkannt und ihre Reform beantragt. Man will vor allem den beschützten Schutz der Gläubiger, verlangt, daß die Geschäftsaufsicht öffentlich bekanntzugeben und ihre Dauer von 1 auf 3 Jahre verlegt wird. Man fordert weiter die Beteiligung der zuständigen Berufsvertretung oder Handelskammer bei der Entscheidung darüber, ob eine Geschäftsaufsicht verhängt oder ein Konkurs veranlaßt werden soll.

Diese Wünsche der Interessenten würden eine Reform bringen, die in ihrer Wirkung wiederum einseitig wäre, indem sie lediglich den Gläubiger begünstigt. Ueber Schuldner und Gläubiger stehen aber die Interessen der Volkswirtschaft und der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer. Es ist ein großer Unterschied, ob der Kräfte Schutze Rechte macht oder ob etwa ein aussichtsreiches Unternehmen Hilfe begehren lassen. Es ist ferner ein Unterschied, ob ein Bankier Sowie die Möglichkeit, sich an der Verwaltung des jetzt so knappen Geldes zu beteiligen, erhält oder ob etwa eine Spezialmaschinenfabrik, die die deutsche Produktionsfähigkeit zu steigern imstande ist,

pflücht in Kredit, Abfall oder Zahlungsnot geraten ist. Eine gänzliche Beseitigung der Geschäftsaufsicht können auch nicht befürwortet. Dann würden nämlich exportwichtige und belanglose Geschäfte und Fabriken zu Schleuderpreisen verkauft werden, das Ausland würde ohne großen Beldaufwand sich in den Besitz wertvoller Produktions- und Handelsunternehmungen setzen können. Das wollen wir nicht.

Das volkswirtschaftliche Gebot.

Was aber mit allem Nachdruck zu fordern ist, das ist die Wahrnehmung der Interessen der Gesamtwirtschaft bei der Verhängung jeder einzelnen Geschäftsaufsicht. Das könnte geschehen durch die Einsetzung paritätischer Ausschüsse aus sachverständigen Männern, die jeden einzelnen Fall begutachten, ob die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Geschäftsaufsicht gegeben ist oder nicht. Das Gutachten wäre dem entscheidenden Gericht zu unterbreiten.

Auch eine andere Erwägung zwingt zu dieser Forderung. Die gegenwärtige Krise ist wie alle Abfallkrisen heraufbeschworen durch die Unfähigkeit der kapitalistischen Klasse, rechtzeitig der Gefahr entgegenzutreten. Sonst hätte gerade sie die Inflation schon lange bekämpft und diese Aufgabe nicht jahrelang den Sozialisten überlassen dürfen. Denn nur durch die Inflation konnte sich die Krise zu diesem Ausmaß entwickeln. Jetzt, nachdem unzählige Arbeitskräfte in unwirtschaftliche Betriebe hineingezogen wurden, nachdem ferner viele dieser Betriebe ausgegliedert werden, kommt es in entscheidendem Maße darauf an, für die freierwerbenden Arbeitskräfte unrentabler Betriebe Arbeit zu schaffen in technisch und organisatorisch besseren, rentablen Betrieben! Das geht nicht, wenn man bei der Entscheidung über die Geschäftsaufsicht volkswirtschaftlich wertvolle und wertlose Unternehmungen nur vom Gläubigerstandpunkt aus behandelt, wie es die Interessenten wünschen.

Wir sind uns durchaus darüber klar, daß dieser Mahnruf bei den Kapitalistkreisen selbst ungehört verhallen wird. Mit um so größerem Nachdruck müssen wir ihn der Regierung gegenüber erheben, die in diesen Tagen entscheidende Verhandlungen über die Reform der Geschäftsaufsicht pflegt. Die Regierung hat die Verantwortung dafür, daß nicht kurzfristige Gläubigerinteressen über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft gestellt werden. Sie hat diese Verantwortung insbesondere gegenüber der Arbeiterschaft, die ohnehin unter den Folgen der Krise auf das Schwereste zu leiden hat. Es ist somit eine hohe soziale Pflicht, zugleich aber auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Denn was gäbe es Unfingeres, als jeht Millionen Hände zum Feiern zu bringen, deren Kraft urgeheute Wert ins Land schaffen könnte, wenn sie nur mit dem Willen zur organisatorisch besten Arbeit eingesetzt wird?

Der Berliner Arbeitsmarkt.

Das Landesarbeitsamt Berlin teilt mit: Die Arbeitsmarktlage hat gegenüber der Vorwoche im wesentlichen keine Veränderung erfahren. In einigen Berufsgruppen tritt jedoch größere Arbeitslosigkeit in Erscheinung. Diese ist bereits bei den Holzarbeitern sehr beachtenswerter Natur. Andererseits hält in anderen Berufsgruppen die starke Nachfrage nach Facharbeitern weiterhin an. Die Metallindustrie benötigt für Spezialarbeiten eine größere Anzahl, insbesondere von weiblichen Arbeitskräften. Infolge des Fehlens dieser Kräfte ist die Industrie dazu übergegangen, geeignete Personen für diese Arbeiten anzulernen. Auch für männliche Kräfte tritt dieser Umstand, wenn auch nur in geringem Umfang, in Erscheinung. Die Landwirtschaft blieb weiterhin gut aufnahmefähig. Die Lage im Spinnstoffgewerbe ist weiterhin verhältnismäßig günstig. In der Seiderei hat der große

Bedarf an Arbeitskräften infolge der Ruhezzeit in der Damenkonfektion etwas nachgelassen. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe mehren sich die Zeichen einer Verschlechterung der Lage. Der Beschäftigungsgrad im Bekleidungs-gewerbe ist im allgemeinen noch zufriedenstellend. In der Schuh- und Schäfteindustrie macht sich jedoch eine rückläufige Bewegung bemerkbar. Kleine Betriebe haben Entlassungen vorgenommen, die jedoch durch stärkere Nachfrage nach Reparaturschuhmachern wieder ausgeglichen wurden.

Reichsfinanzgebarung.

Die Uebersicht über die Goldbewegung bei der Reichshauptkasse ergibt für die Zeit vom 11. bis 20. Mai d. J. eine Gesamteinnahme (nach Abzug der von den Finanzämtern selbst verbrauchten Beträge) von rund 199,9 Millionen Goldmark, der Auszahlungen in Höhe von 206,5 Millionen Goldmark gegenüberstehen. Es bleibt somit ein Zuflußbedarf von rund 6,6 Millionen Goldmark.

Die wesentliche Erhöhung der Ausgaben in der letzten Delade ist zunächst bedingt durch die Auszahlung von Steueranteilen an die Gemeinden. Gleichzeitig fand aber wieder in erheblichem Umfang eine Schuldentilgung statt. Es wurden für 50,8 Millionen Goldmark Goldanleihestücke zurückgekauft.

Daneben flossen der Reichskasse auch Kreditbeiträge zu durch Abzug von Rentenmarktschuldscheinen. Die Rentenmarktschuld des Reiches stieg damit von 164,9 auf 202,5 Millionen Goldmark, also um 37,6 Millionen Goldmark; diese Einzahlungen dienen als Betriebsmittelfonds.

Für die deutsche Kupferproduktion.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit eigenen Mitteln und durch Einsetzen seines Einflusses bei der

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose .. 15,00—16,50	Malkaffee, gepackt .. 22,00—24,00
Gerstengraupen, lose .. 15,00—15,75	Rübstgetreide, lose .. 16,50—18,00
Hafersflocken, lose .. 14,75—15,50	Kakao, festarm .. 100,00—115,00
Hafersgrütze, lose .. 13,50—16,25	Kakao, leicht entölt .. 115,00—130,00
Roggenmehl 0/1 .. 11,25—12,75	Tee, Souchon, gepackt .. 350,00—420,00
Weizenmehl .. 16,75—18,25	Tee, indischer, gepackt .. 425,00—500,00
Haartriele .. 21,75—25,50	Inlandszucker basis mel. .. 35,50—38,50
Malztriele	Inlandszucker Raffinade .. 38,50—40,75
70% Weizenmehl .. 13,00—14,50	Zucker Würfel .. 43,00—45,00
Weizen-Auszugmehl .. 15,00—21,00	Kunstthong .. 28,00—32,00
Speiserbsen, Viktoria .. 15,75—19,00	Zuckersirup hell in Elm. .. 40,00—45,00
Speiserbsen, kleine .. 10,75—13,75	Speisesirup dunkl. in Elm. .. 26,50—30,50
Bohnen, weiße, Fari .. 21,50—24,00	Marmelade Eintr. Erdb. .. 95,00—110,00
Langbohnen, handverles. .. 27,00—30,50	Pflaumenmus in Elmern .. 40,00—42,50
Linzen, kleine .. 21,00—24,00	Steinsalz, lose .. 3,10—3,70
Linzen, große .. 29,50—37,50	Steinsalz, lose .. 4,00—4,70
Kartoffelmehl .. 18,75—21,00	Bratenschmalz in Kübeln .. 62,00—63,00
Makkaroni .. 37,00—43,00	Bratenschmalz in Tiegeln .. 64,00—65,00
Makkaronimehl .. 24,00—30,00	Purelard in Tiegeln .. 61,50—62,00
Schnittmehl, lose .. 18,00—21,00	Purelard in Kisten .. 61,50—62,00
Bruchreis .. 14,50—16,25	Speisetalg in Packung .. 50,00—53,00
Rangoon Reis .. 16,50—18,25	Speisetalg in Kübeln .. 48,00—50,00
Tafelreis, glasirt, Patna .. 24,00—31,00	Margarine, Handelsm. I. .. 53,00—
Tafelreis, java .. 30,50—36,00	desgl. II. .. 52,00—55,00
Ringapfel, amerik. .. 84,00—88,00	Margarine, Spezialm. I. .. 76,00—
Getr. Pflaumen 90/100 .. 42,00—45,00	desgl. II. .. 61,00—65,00
Pflaumen, entsteint .. 50,00—55,00	Margarine III. .. 45,00—48,00
Cal. Pflaumen 40/50 .. 68,00—72,00	Molkereibutter I. Pflaumen .. 182,00—187,00
Rosinen in Kisten, Candia .. 70,00—82,00	Molkereibutter in Pack. .. 188,00—193,00
Sultaninen Caraburu .. 72,00—90,00	Landbutter .. 150,00—158,00
Korinthen, choice .. 72,00—78,00	Auslandbutter in Pflaumen .. 182,00—187,00
Mandeln, süße Bari .. 148,00—156,00	Auslandbutter in Packg. .. 188,00—193,00
Mandeln, bittere Bari .. 135,00—150,00	Corned beef 12/6 lbs p. K. .. 33,00—36,00
Zimt (Cassia) .. 106,00—115,00	Spock, gesalzen, fett .. 62,00—72,00
Kümmel, holländischer .. 120,00—125,00	Quadratkäse .. 22,00—35,00
Schwarzer Pfeffer Singap. .. 98,00—105,00	Quarkkäse .. 35,00—50,00
Weißer Pfeffer .. 130,00—135,00	Tilsiter Käse, vollfett .. 105,00—115,00
Rohkaffee Brasil .. 185,00—215,00	Ausl. ungezuck. Condensmilch 48/16 .. 20,75—23,50
Rohkaffee Zentralamerika 220,00—285,00	Inländische desgl. 48/12 .. 17,50—18,50
Röstkaffee Brasil .. 230,00—280,00	Inl. gez. Condensm. 48/14 .. 27,00—28,00
Röstkaffee Zentralam. .. 300,00—375,00	

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Reichsregierung auf die Erhaltung des Konstanter Kupferbergbaus hinzuwirken, insbesondere für die Gewährung von Rohstofftarifen für Brennstoffe und Erzeugung einzutreten, eine Suspendierung der Umsatzsteuer für die deutsche Kupfererzeugung anzustreben und nötigenfalls auch auf Gewährung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu drängen. Es ist anzunehmen, daß der Landtag diesem Antrag zustimmen wird.

Stille am Metallmarkt. In der letzten Woche kam, wie die Metall- und Rohstoff-Gesellschaft meldet, das Geschäft am deutschen Metallmarkt fast vollständig zum Erliegen. Das Ausbleiben der Zahlungseingänge sowohl seitens der Großindustrie wie des Kleinhandels bringen eine völlige Störung in das Warengeschäft, und auch andere ungünstige Nachrichten, wie tägliche neue Meldungen über Zahlungsschwierigkeiten, Stilllegung von Betrieben, Fortsetzung des Bergarbeiterstreiks, tun das Ihrige, die Geschäftslage zu vergrößern. Es fehlt an Abgebern, da niemand wagt, heute Kredite zu geben und per Kassa zurzeit wohl kaum etwas verkauft werden kann; es fehlt aber auch an Abnehmern aus oben geschilderten Gründen. Es kommt noch hinzu, daß die Metalle aus London ziemlich schwach gemeldet wurden und durchweg abwärts tendieren. Wenn auch der Rückgang an den deutschen Metallmärkten fürsmäßig gering ist und nur einige Prozent ausmacht, so muß doch betont werden, daß zu den amtlichen Notierungen, welche rein nominal sind, kaum Ware gehandelt wird, denn im Kaufsfall müssen Ueberpreise bezahlt werden, umgekehrt kann Ware nur wesentlich unter den Notierungen an den Markt gebracht werden. Die ganze Situation führt zu einer vollkommen wirtschaftlichen Stagnation, wenn nicht andere Momente hinzutreten, die in das Wirtschaftslieben Milderung bringen, vor allem der Finanzkrise abhelfen, werden die Aussichten zurzeit sehr trübe beurteilt.

Aus der Eisenindustrie. Auf dem Eisenmarkt hat ein nicht unerheblicher Preisabfall eingeleitet. Stabeisen, das sich bis vor kurzem noch mit 170 M. hielt, erlebte eine Reduzierung von 20 bis 25 Proz. Die meisten übrigen Sorten haben sich der Bewegung angeschlossen. Trotzdem ist das Geschäft schlecht und unsicher bei starker ausländischer Konkurrenz, die vor allem billiger liefert. So wird z. B. belgisches Stabeisen noch unter deutschem Preis angeboten. Während sich so das Exportgeschäft in der Westindustrie höchst ungünstig gestaltet, steht in der holländischen Maschinenindustrie eine Belebung ein. In großen Etablissemments, die seit langem schlechten Geschäftsgang hatten, wird wieder voll gearbeitet. Inwiefern diese Erholung in der holländischen Wirtschaft Ergebnis unserer Exportpolitik ist und in welchem Maße ihr allgemeine Bedeutung zukommt, muß abgewartet werden.

Es ist wirklich kein Wunder

Es ist wirklich kein Wunder, daß die weitaus größte Zahl der Lungenleidenden, Tuberkulösen Verheilung bei der Einnahme von O.H.E. Tabletten erzielt. Immer und immer wieder erhalten wir erneut Berichte von Seite der verehrlichen Vertriebs- und Generalisten, daß unter Präparat, die O.H.E. Tabletten (ursprünglich im vorgerichteten Stadium noch erfolgreich wirken, so andere Mittel erliegen. Lassen wir diesmal einen indischen Spezialarzt für Tuberkulose zu Worte kommen: „Herr Dr. D. A. Kumar, M.D. Tuberculosis, Medical-Officer Nizamapur schreibt: „Sehr gerne benutze ich die guten Wirkungen der O.H.E. Tabletten, die ich seit circa 6 Monaten bei Fällen von Lungen-tuberculose verwende. Ich habe gesehen sowohl beim Anfangsstadium, wie bei vorgeschrittenen Fällen gleich gut befunden, besonders aber in den letzten, wo andere Mittel verfehlten. Desgleichen lassen wir ein weiteres Krankenmännchen aus Patientenbegleitschaft folgen, das nur mit anderen Mitteln das gleiche behält: Königsherg, den 20. 24. Frau W. J. in Königsherg i. Br. schreibt: „Die Frau eines Kollegen meines Mannes war schwer lungentrannt, daß man wirklich glaubte, jede Hilfe wäre vergebens — und dann Ihre herrlichen Tabletten hat sie jetzt so gut und gesund aus, daß man sich nur wundern kann. Wie viele Menschenleben können Sie durch Ihre herrlichen Tabletten retten, wenn diese nur allgemein bekannt und es mit Ihren Tabletten versehen würden.“ Solche Geschichten gehen uns fortwährend zu. Schreiben Sie uns doch bald Sie erhalten ausführliche Aufklärungsbroschüre gratis zugesandt. Die Tabletten sind durch alle Apotheken im Deutschen Reich zum Preise von 3 M. pro Packung zu beziehen, wenn nicht vorrätig, versendet durch unsere Versandfirma, die Stern-Apothek, Kempten (Allgäu), ohne Aufschlag für Porto und Verpackung angefragt gegen Vorkaufsumme des Betrages. Rücknahme 10 Pf. mehr. In Berlin bitte vorrätig: Simon-Speter, Gordaner Straße 17, Baubroschüre-Später, Kurfürstendamm 104. D. S. Ernst, Fabrik pharmazeutischer Präparate, Kempten (Allgäu).

Jagen jeden Mückenstich
Nur allein mit
„Mückenpol“ Lief!
Zu haben in allen Drogerien
und einschlägigen Geschäften.
M. TIKWINSKI BERLIN W. 9.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Entführung aus dem Serail
Opernhaus am Königplatz
7 Uhr: Die verkaufte Braut
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: D. Fest d. Handwerker / Guten Morgen, Herr Fischer!
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Korallenketteln

Deutsch-Theater
7 Uhr: PAUST
Freitag, d. 30. Mai
Spiele der Sommerzeit
Uraufführung
7 Uhr:
Mist, Globetrotter

Kammerspiele
8 Uhr:
Onkelchen hat geträumt
Sonabend, 31. Mai
Spiele der Sommerzeit
Zum 1. Male 7 Uhr:
Salomons Schwiegertochter

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Gasparone

Theater i. d. Königgrätzstr.
8 Uhr: Es hat nicht sollen sein / Zeltungsauschnitt
Leidenschaft, Gift u. Versteinerung
oder: Die verhängnisvolle Sympfonische

Berliner Theater
Täglich 7.30:
Das Weib im Purpur

8 Uhr: Trübsinn, Th. Sommer-Die R. Pira
Ein Schwank der Liebe
Lindberg, Hübchen

SCADA
8 Uhr:
Internat. VARIETÉ

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die lustig. Weiber

Volksbühne
7 1/2 Uhr: Faden

Kleines Theat.
Pünktl. 8 Uhr:
LISSI
die Kokotte

Th. Admiralspalast
1 1/2 Uhr: Der König d. Jahre
9 Monate
ausstrahlend u. d. Spielplan
ist die große Revue
Drunter und drüber

Deutsch-Opernhaus
7 Uhr:
Tannhäuser
Ull. Lamm, Barj.
Stamm, Isith

Intimes Th. S. U.
8 Uhr:
Crépe Georgette usw.

Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr: Karneval der Liebe
Sommerpreise I

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Frasquita

Triebö
8 Uhr:
Verst. mit dem Schilke
Lind, Wulstsch, Spitz

Residenz-Th.
8 Uhr: Hinkemann
von Ernst Toller.
Beierle
Lore Waaner
Hugo Böblin

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Prinzessin vom Nil

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich
Gr. Konzert

Aquarium
Täglich
Tierkunst-Ausstellung.

Der gute Kapitän-Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Komische Oper
8:10: Direktion: James Klein 8:10
Heute sowie täglich
Der große Erfolg!

Die Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Casino-Theater
Lothringer Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Wieder in zwei Abzügen
Pummels Martha
Kunst in drei Abzügen
Vorher: D. Herr aus Kyritz. Posse i. 1 Akt
aus der zwei letzte Teil

Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Deutschland erwache!
Zum Schluss: Ein Musikantenraum
Dönhoff-Brett!
Anf. 7 1/2, Sonntag 8 Uhr.
Gr. Varietè-Prgr.

Theater u. Kottbus-Str.
Kottbus-Str. 6
Täglich 8 Uhr:
Erlie-Sänger
D. ungeheure
Lachertol:
Theodor,
du rüchelst noch?!
Dazu Gastspiel
Alex Stamer.

UNIVERSUM-LANDE-AUSSTELLUNG-PARK

VLAP
am Lehrter Bahnhof
Täglich ab 4 Uhr
voller Betrieb
Parkkonzert • Feuerwerk
und
die Attraktionen
Eintritt 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Volkfleidung! Kosen
für Sport, Beruf und Straße.
Handwerker-Häufige.
Coden- und Gummimäntel.
Häufige für Herren u. Frauen.
Genden & Co. u. Unterhofen.
Nur gute, solide Ware, billige Preise.

Berufsfleidung!
Gerhard Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.

LUNA-PARK
Dienstag:
Volkstag
bei ermäßigten Preisen
50 Pfennig
Feuerwerk
Konzert
zum 1. Male:
Der
Feuertanzsprung

Sport hat not

EINE AUSSTELLUNG **S. ADAM** 19:31
BEI
Geöffnet von 1/9-7 Uhr. Eintritt frei.

Eisene Kochherde
für Kohle u. Gas
Transportable Kochöfen • Eisene Öfen
R. Zechlin
Berlin C. 25, Alexanderpl. 49

Vorzeller 5% Extra-Rabatt

Gardinen
reichste Auswahl zum Pfingstfest ungewöhnl. billige Preise

Künstlergardinen steilig .. 12,50 9,50 8,00	5,50
Madrasgardinen echtfarbig .. 16,50 13,50	10,50
Halbstores-Etamine .. Stück 7,50 6,00	3,50
Gardinenstoffe Meter .. 1,00 1,40	80 Pf.
Bettdecken II-bettig .. Stück 14,50	9,50
Bettdecken I-bettig .. Stück 7,50	5,50
Diwanddecken .. Stück 17,00	13,50
Steppdecken Ia Qualität .. Stück	24,00

Hand-Pilet-Steros und Bettdecken bis zur elegantesten Ausführung vorrätig

Tischdecken, Läuferstoffe, Brücken, Bettvorleger, Wandbehänge und Messingstangen stauend billig

Gardinen-Herzig
Nur Dresdener Str. 124, 1. Ebg., am Holthuser Tor
Aufpassen! Kein Laden. Aufpassen!
Nur solange Vorrat reicht

Leiterwagen
u. alle ander. Transporteräte
billig
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Telef. 1000.

Gabardine
130 Br. r. Wolle,
8.50 M., 9.75 M.
Kostüm-, Kleider-,
Futterstoffe
bedeutend unt. Preis.
Haarpuder
Schöneberg, Goltzstr. 2
u. d. Grünewaldstr.

Es darf nur Dreieck-Seife sein
Von Melliland; sie ist echt u. rein!

Sie müssen bei dieser tran- und tranthaltfreien Kernseife von 62% Fettgehalt gerade auf das aufgeprägte Dreieck achten.

Zu haben bei: Honczek, Seffengroßhdlg.,
Schöneberg, Losse & Reinicke, S. 59,
Schinkelstr. 23, Werner & Co., Schöneberg,
Mühlensstr. 8, Fedtke, O. Weidenweg 16,
Blasinski, C. Kaiser-Wilhelmstr. 12.
Verkaufsstelle für Groß-Berlin, Lützowplatz 11. — Tel. Lützow 3819.

Gesetzlich geschützt
ORIGINAL
Melliland

